FACIT

Nr. 16 DM 1,-

MARTIN WALSER: AKTION OHNE VERMITTLUNG
E. CZICHON: EIN BEISPIEL – H.J. ABS

unsere zeit
uz
sozialistische volkszeitung

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12
Telefon (0 21 31) 44 40 12

Tu' was für Dich - lies „Unsere Zeit"

die Zeitung unserer Zeit
die Sozialistische Volkszeitung

16 Seiten *Zeitung*	**16 Seiten** *Illustrierte*	**16 Seiten** *TV-Magazin*

3 Zeitungen für 70 Pf

Jede Woche am Kiosk

unsere zeit
uz
sozialistische volkszeitung

Inhalt

15912

Martin Walser	Aktion ohne Vermittlung	Seite 3
Jörg Miehe	Klassenkampf an der Hochschule	Seite 9
Knulp Kievenheim	Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus	Seite 13
	Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform	Seite 17
	Präambel des Spartakus Bochum-Assoziation Marxistischer Studenten	Seite 19
H. Günter Wallraff	An die Soldaten der Bundeswehr	Seite 20
Eberhard Czichon	Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker	Seite 21

Impressum
facit – Zeitschrift marxistischer Studenten
Herausgeberkreis: Elisabeth und Gerhard Bessau, Gunnar Matthiessen, Herbert Lederer, Werner Loch (alle SDS Köln), Hannes Heer (SDS Bonn), Dr. J. H. von Heiseler (Frankfurt), Helmut Weinand (SDS Münster), Erich Eisner (SDS München), Fred Schmid (München).
Redaktion: Elisabeth und Gerhard Bessau, Peter Bubenberger, Herbert Lederer, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Anne Nigbur, Rudolf Ohters (verantwortlich)
Anschrift für Vertrieb, Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141-143
Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25
Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Titelblatt: No man Junge
Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Karl Marx
Friedrich Engels
Pressefreiheit und Zensur

Herausgegeben und eingeleitet
von Iring Fetscher
„Politische Texte"
238 Seiten, kartoniert 15,– DM
Leinen 22,– DM

A. Glucksmann, A. Gorz
E. Mandel, J.-M. Vincent
Revolution Frankreich 1968

Ergebnisse und Perspektiven
„provokativ"
176 Seiten, kartoniert 9,– DM

Karl Korsch
Schriften zur Sozialisierung

Herausgegeben und eingeleitet von
Erich Gerlach
„Theorie und Praxis der Gewerkschaften"
127 Seiten, kartoniert 5,– DM

Wilfried Gottschalch
Soziales Lernen und
politische Bildung

152 Seiten, Snolin-Broschur 9,– DM

Kapitalismus und Presse-
freiheit

Am Beispiel Springer
Herausgegeben im Auftrage des
Republikanischen Clubs Berlin
von Peter Brokmeier
„provokativ"
196 Seiten, kartoniert 9,– DM

Ernest Mandel
Die deutsche
Wirtschaftskrise

Lehren aus der Rezession 1966/67
„provokativ"
56 Seiten, kartoniert 3,– DM

Walter Auerbach
Zusammenhänge, Illusion
und Wirklichkeit
der sozialen Sicherheit

„Theorie und Praxis der Gewerkschaften"
136 Seiten, kartoniert 7,– DM

Werner Thönnessen
Frauenemanzipation

Politik und Literatur der deutschen
Sozialdemokratie zur Frauenbewegung
1863–1933
ca. 240 Seiten, Snolin-Broschur
ca. 12,– DM

Europäische Verlagsanstalt

Aktion ohne Vermittlung

Martin Walser

Was die Gesellschaft von den Studenten möchte, ist eine Art farbenfreier Agilität und Modernität. Sie dürften alte Zöpfe abschneiden und auch verbrennen, aber sie sollten es nicht zu deutlich politisch meinen. Sie dürften in der Universität alles zeitgemäßer, das heißt auch kosteneffektiver machen, aber möglichst ohne gesamtgesellschaftlichen politischen Belang.
Ihre Theorie und Praxis der Regel- und Spielregelverletzung wird solange als ein prickelndes Schauspiel empfunden, solange Sie sich sozusagen toll und abenteuerlich ungebunden, solange Sie sich eben nichts als antiautoritär aufführen. Mag sein, daß auch das in Paderborn und Passau schon als Bolschewismus verkannt wird, aber in den meinungsmachenden Institutionen hätten Sie damit immer noch faire bis anteilnehmende Berichterstattung zu erwarten. Sie wären sozusagen die Nachfolger des literarischen Hofnarrentums. Und Ihre Aufführungen wären aufregender, weil manchmal eben doch etwas Glas kaputt geht. Aber da Ihre antiautoritäre Praxis den politischen Inhalt, die demokratische, ja sogar die sozialistische Tendenz immer noch nicht verleugnet, deshalb verfallen Sie der Behandlung, die die politische Linke bei uns seit Bismarck, Hitler und Adenauer zu gewärtigen hat, sobald sie eine nennenswerte Kraft zu werden droht: Sie werden zuerst diffamiert, dann polizeilich behandelt und administrativ bedroht, und wenn das immer noch nichts nützt, wird die Justiz mobilisiert, Sie müssen zu Kriminellen gemacht werden. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1955 über „Politische Justiz" hat der eher liberale Politologe Otto Kirchheimer, der die letzten Jahrzehnte seines Lebens in Amerika lehrte, geschrieben, der Staat versuche „auf dem zwielichtigen politischen Schlachtfeld, wo einerseits um die Verhütung künftiger revolutionärer Umtriebe, andererseits um die Erhaltung der Garantien freier Meinungsäußerung gekämpft wird, die Verteidigungslinie der bestehenden Ordnung vorwärts zu verlegen".
Ich glaube, das ist Ihre, das ist unsere augenblickliche Situation. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß das etwa nur die 2000 Studenten angeht, die im Augenblick Prozesse zu gewärtigen haben.

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

HELMIN

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

Was der naive Erhardt nur vor sich hinplauderte von der „formierten Gesellschaft", das uniformiert sich und mobilisiert sich jetzt ebenso rasch wie deutlich. Sie, die Studenten, bekommen das als erste zu spüren. Und Sie bekommen das zu spüren, weil Sie eine ebenso natürliche wie historisch fällige Funktion erfüllen: Sie wollen dieser Gesellschaft weiterhelfen durch den Abbau feudaler und großbürgerlicher Positionen. Diesen höchst fälligen nächsten Schritt zur Demokratie zu tun, ist nicht Ihr Verdienst, es ist das, was von Ihrer Generation erwartet werden muß. Sie sind mit diesem Bedürfnis nach mehr Demokratie nicht vom Himmel gefallen. Aber unsere Herrschenden halten sich und das, was sie ihre Ordnung nennen, für das Ziel unserer Geschichte; die Empörung, die Kiesinger und Brandt jetzt zeigen, ist auf beschämende Weise mentalitätsverwandt mit der Empörung, die vor 1914 „Majestätsbeleidigung" schrie. Es soll sich einfach nichts ändern. Bleiben soll diese großbürgerlich bestimmte Herrschaftsform, die sich politisch bürgerlich vertreten läßt in einer gestoppten Demokratie. Daß diese Herrschaftsform in diesem Jahrhundert 2 Weltkriege anzettelte, die 70 oder 80 Millionen Menschen das Leben kosteten, gilt als Betriebsunfall. Daß diese Herrschaftsform einer ansehnlichen Anzahl von Leuten ein durchaus erträgliches Leben mehr gewährt und widerruflich beschert als rechtlich ermöglicht, hindert diese Leute zu begreifen, daß die großbürgerliche Herrschaftsform ihre politische Deutlichkeit und inhumane Kapazität erst erweist, wenn man sie in ihrer weltweiten Zusammenarbeit mit Feudalismus, Diktatur und ungemildertem Kapitalismus sieht.

Und das soll alles so bleiben. Lediglich die Beute soll ein bißchen weniger ungerecht verteilt werden, solange Beute im Überfluß anfällt.

Natürlich soll reformiert werden. Rein technisch. Daß das, was jetzt funktioniert, noch besser funktioniert. Die Universität soll noch mehr und noch bessere Technokraten liefern.

Seit Kenia, Korea, Kongo, Algerien und Vietnam wird immer deutlicher, in welcher Art Gesellschaft wir zuhause sind. Deshalb ist eine Minderheit aktiv geworden. Der Herrschaftsapparat hat unverhältnismäßig reagiert. Die Bevölkerung schaut der Eskalation interessiert zu. Die öffentliche Meinung, die bei uns vorwiegend von Liberalen gemacht wird, verändert sich von Monat zu Monat zuungunsten der Studenten. Dazu einen stimmungshaften Beleg; in der Tagesschau vom 17. 1. 69, sagte der Sprecher: „Als die Beamten die Räume des Instituts betraten, hatten die Studenten bereits das Weite gesucht." Hätten die Studenten das Institut verteidigt, hätte man sie der Gewaltanwendung beschuldigt; verzichten sie auf Gewalt, so spricht man von ihnen wie von den Gegnern 1940: sie sind feig und suchen das Weite. Also die öffentliche Meinung funktioniert jetzt schon ziemlich gut.

Das wiederum macht die Politiker mutig, sie lassen auch noch die JA-ABER-Maske fallen und wagen zu sagen, was sie immer schon dachten, anfangs aber noch hinter dem Schmus von den „ungebärdigen Söhnen" verbargen.

Die formierte Gesellschaft wird jetzt kraß aufgerufen, sich gegen eine Minderheit zu formieren und sich nichts mehr gefallen zu lassen. Brandt war einer der ersten, der aufgerufen hat. Kiesinger, der wahrscheinlich bei solchen Aufrufen mehr fürchten muß, erkannt zu werden, hat jetzt auch aufgerufen. Die Strategie ist klar: Aufsplitterung der Studenten, Isolierung der politisch aktiven Studenten von allen anderen durch Drohung, Gewalt und politische Justiz; parallel soll das Stipendien-System formiert werden, daß es taugt zur Auszahlung von Überläufer-Prämien und Loyalitäts-Honoraren. Die politisch aktiven Studenten sollen als kriminelle Sektierer diffamiert werden, der bei uns immer mobilisierbare Haß gegen Minoritäten soll endlich wieder geweckt werden, daß in Zukunft nicht nur ein paar unaussterbliche Reichshauptstadt-Berliner nach dem KZ für Studenten und Linke rufen.

Aber diesmal wird es kein KZ geben, sondern einen polit-hygienischen Disziplinierungsfeldzug im Namen der Ordnung, im Namen des Anstands, im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Den gibt es schon und der wird erfolgreich sein, wenn die Studenten es zulassen, daß sie ein- und aufgeteilt und zerteilt werden in eine Minderheit, die die Demokratisierung der Hochschule als politische Arbeit betreibt und eine Mehrheit, die glaubt, technische Reformen genügten. Wenn diese Zerteilung gelingt, ist die Demokratisierung der Hochschule vorerst gescheitert. Auch der Teil, den

soeben erschienen

Hannes Heer
Institutsreform
Modelle studentischer Mitbestimmung
112 S., kart., DM 4,50

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik. Mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Dokumenten
105 S., glanzkart., DM 6,90

Hans Heinz Holz
Utopie und Anarchismus
Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses
130 S., engl. brosch., DM 7,50

Wilhelm Raimund Beyer
Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung
150 S., engl. brosch., DM 7,50

Stephan Leibfried
Wider die Untertanenfabrik
Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule
fünfte Auflage
272 S., glanzkart., DM 9,60

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG
KÖLN - BARBAROSSAPLATZ 2

AUS MEINEM SONDERANGEBOT

W. I. LENIN:
Ausgewählte Werke in drei Bänden.
Zus. 2842 Seiten m. 15 Abb. u. Faks.
Kldr. 22,50

Theodor GEIGER:
Demokratie ohne Dogma.
Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit
368 Seiten, Leinen, statt 22,50 nur 12,50

HARTENSTEIN/SCHUBERT:
Mitlaufen oder Mitbestimmen
Untersuchung zum demokratischen Bewußtsein
Mit einem Deutungsversuch von Alexander Mitscherlich
103 Seiten m. 61 Tab., kart.,
statt 15,– nur 4,80

Helmut RIDDER:
Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht.
52 Seiten, kart., statt 4,80 nur 1,75

Stanislaw WARYNSKI:
Die Wissenschaft von der Gesellschaft. Umriß einer Methodenlehre der dialektischen Soziologie
328 S., Leinen, statt 11,80 nur 4,95

W. S. WYGODSKI:
Die Geschichte einer großen Entdeckung. Über die Entstehung des Werkes „Das Kapital" von Karl Marx
159 Seiten, Leinen, statt 6,80 nur 3,80

Weitere Sonderangebote in meinen laufend erscheinenden Bücherlisten **„Bücher aus Ost und West"**

HUBERT FREISTÜHLER
Versandbuchhandlung - Antiquariat
5840 SCHWERTE 1 - Postfach 124/1

man jetzt als politische Avantgarde bezeichnet, wäre dann verloren, weil er sich dem sozialpsychologischen Mechanismus der Minoritäten-Entwicklung wohl kaum entziehen kann. Ich glaube, in manchen Aktionen der Antiautoritären werden schon erste Zeichen des Erfolgs der Isolierungs- und Verketzerungskampagne sichtbar. Das hat damit begonnen, daß die fortschrittlichsten Studenten auf die vom Apparat formulierte Alternative „Gewalt" oder „Gewaltlosigkeit" eingegangen sind und lauthals zuerst für „Gewaltlosigkeit" und dann für „Gewalt" votierten.

Damit hatte der Apparat die Studenten auf der Konfrontationsebene, auf der sie am leichtesten materiell zu schlagen und am gründlichsten öffentlich diffamiert und isoliert werden können. Die Studenten könnten genau so gut die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" beanspruchen wie die Polizei: das heißt, sie müssen die Mittel anwenden, die es ermöglichen, daß gerade noch erreicht wird, was erreicht werden muß: die Demokratisierung der Hochschule. Und dazu kann, angesichts der Täuschungs- und Hinhaltungstaktik einer Professorenschaft, die Besetzung eines Instituts oder eines Rektorats das einzige verhältnismäßige Mittel sein. Was da getan wird, kann vor allem dann nicht als diffamierbare Gewalt erscheinen, wenn diese Aktion von der Mehrheit der Studenten getragen wird. Wenn aber die aktiven Studenten andauernd eine deutliche anvisierbare Minderheit sind, wenn die Mehrheit nur dann und wann Solidarität zeigt, dann gelingt natürlich, was die Chefs der gestoppten Demokratie beabsichtigen: die wenigen werden solange krankgeschrieben, bis sie es tatsächlich sind. Diese Polarisierung treibt schon Blüten. Es ist für mich zumindest schwer vorstellbar, daß in einem notwendigen Demokratisierungsprozeß eine Minderheit andauernd für eine Mehrheit handelt.

Erstens sind die Aktionen der Minderheit dann immer in Gefahr, bloß symbolisch oder didaktisch zu werden; zweitens ist die Minderheit in Gefahr, den symbolischen oder didaktischen Charakter ihrer Handlungen nicht mehr zu reflektieren und damit einem die Avantgarde selbst gefährdenden Aktionismus der von Mal zu Mal stärkeren Dosierung zu verfallen; und drittens – und das ist das Wichtigste –: je weiter eine Avantgarde sich durch ihre Praxis der Majorität vorausbewegt, desto weiter bleibt diese Majorität objektiv zurück, und das ist für die Avantgarde nur noch fatal. Ohne Basis wird demokratische, wird sozialistische Bewußtseinsentwicklung zu einem intellektuellen Luxus. Und zu einem alexandrinischen Ghetto. Das vehemente und vermutlich doch idealistische Reinlichkeitsbedürfnis der SDS-Delegiertenkonferenz, die sich ihrer sogenannten traditionalistischen Genossen durch Ausschluß entledigte, beweist mir, daß die antiautoritäre Avantgarde in Gefahr kommen könnte, in einer praxisnäheren Weise einen Fehler zu reproduzieren, dem alle kritischen Intellektuellen in den fünfziger Jahren verfallen sind: damals war es die allseitige Befriedigung durch Verbalkritik plus Bedürfnislosigkeit nach demokratischer Praxis; jetzt wäre es die einseitige Befriedigung durch antiautoritäre Sensibilität und avantgardehaften und stellvertretenden Aktionismus plus Vernachlässigung der massenhaften Realisierbarkeit. Ich halte es für möglich, daß diese Avantgarde in Gefahr ist, zum Stoßtrupp zu verkommen, der von Mutproben lebt, bis es dem Apparat gelungen ist, den vorhandenen Abstand zur Mehrheit zur endgültigen Isolierung und Zerschlagung der Fortgeschrittenen auszunutzen. Die Mehrheit, die sich ohnehin an Konsum gewöhnt hat, wird dann mit Reformen nach Art des Betriebsverfassungsgesetzes abgespeist.

Die antiautoritäre Avantgarde beweist durch ihre außeruniversitären Aktionen jetzt schon ganz deutlich, daß sie den politisch-didaktischen Sinn ihrer Aktionen nicht mehr realistisch einzuschätzen vermag. Es gibt nach meiner Ansicht keine Stellvertretung in Sachen Revolution. Man kann sich nicht in jedem beliebigen Bereich zum Subjekt der hier zu vollziehenden Revolution ernennen. Man kann wohl aufklären, agitieren, Bewußtsein wecken, aber man kann, glaube ich, nicht – und auch noch ohne Zustimmung – für andere handeln. Nun gehört es aber zur Theorie der aktionistischen Antiautoritären, daß jede neue Demonstration die vorhergehende übertreffen müsse. Diese Devise könnte sehr gut aus dem Büro eines Konzern-Verkaufsleiters stammen. Daß etwas „Demonstration" heißt, genügt nicht mehr; sie heißt schon „Kampfdemonstration". Und der Bereich der Universität, der ja doch demokratisiert werden soll, genügt auch nicht mehr. Wäre aber die Universität der erste Be-

Fabrikbesichtigung bei COCA-COLA

S 68/9

Wissen Sie, wie die weltbekannten Getränke aus dem Hause Coca-Cola hergestellt werden? Wie in modernsten Produktionsanlagen unsere Erzeugnisse abgefüllt, verpackt und ausgeliefert werden? Wie oft immer wieder kontrolliert wird und was alles dahintersteckt, damit immer und überall unsere Getränke in gleich hoher Qualität bereitstehen? Schauen Sie sich das alles einmal an. Mit der ganzen Klasse. Wir laden Sie ein zur Fabrikbesichtigung. Lehrer dürfen mitgebracht werden. Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie einen Termin mit uns.

Fanta Sprite Cappy TRINK Coca-Cola Coke

COCA-COLA koffeinhaltig köstlich erfrischend

COCA-COLA, COKE, FANTA, CAPPY und SPRITE sind eingetragene Warenzeichen.

H. & J. Schmitz, Köln-Zollstock · Vorgebirgstraße 112 · Ruf 38 05 83

Abfüllung und Alleinvertrieb für Köln-Stadt und Land sowie Kreis Bergheim

reich unserer Gesellschaft, in dem Demokratie real geworden ist, so hätte das andauernd konkrete Folgen für alle anderen Bereiche, und dann wäre es auch sinnvoll, von der Universität aus die umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit zu revolutionieren. Die augenblicklichen stoßtruppartigen Ausbruchsversuche aber befriedigen die Ausbrechenden viel mehr als daß sie die Gesellschaft verändern. Der erzielte Bürgerschreck bewirkt massenhafte Feindseligkeit gegen die Studenten und verhindert – was der Interessenlage nach durchaus erreichbar wäre –, daß sich außeruniversitäre Gruppen mit den Studenten bis zur Kooperation bei der Demokratisierung der Hochschule solidarisieren.

Selbstverständlich halte ich Aktionen gegen die politische Justiz und Aktionen gegen jede Gruppe, die die Demokratisierung der Hochschule bekämpft, für unverzichtbare Widerstandshandlungen. Kadewe-Schaufenster aber vermag ich immer noch nicht so zu interpretieren, daß sie mir im Zuge der Demokratisierung der Hochschule als konterrevolutionär erscheinen.

Ich glaube, dieser Aktionismus um jeden Preis hat eine wichtige Ursache in der mangelnden Basis der politisch Aktiven, also in der Konsumhaltung der Majorität der Studenten.

Ich bin dafür, daß in einer Gesellschaft politische Abstinenz erlaubt ist; besonders dann, wenn diese Abstinenz weiß, was sie nicht tut. Wer sich also als Student im Augenblick abstinent verhält, der muß wissen, daß er sich damit für diese gestoppte Demokratie erklärt. Manche glorifizieren sich geradezu mit der Metapher, sie säßen zwischen den Stühlen. Auch diese besonders luxuriöse Selbstbemitleidung ist nichts anderes als eine Form der Parteinahme für den status quo. Die meisten Abstinenten verstehen sich als Liberale. Wer sich angesichts der immer unduldsameren Formiertheit der Gesellschaft noch liberal nennt, gibt dadurch zu verstehen, daß ihm die Praxis dieser Gesellschaft so wenig gefällt, daß er sich davon durch die Ernennung zum Liberalen distanzieren muß. Liberal sein heißt doch momentan: ich bin für die Idee dieser Gesellschaft, aber nicht für ihre Praxis; liberal sein heißt also streng genommen jetzt: ich möchte, daß alles so bleibt, wie es nicht ist.

Ich vermute, daß die Mehrheit der Studenten ein bißchen so denkt; dann und wann fühlt man sich aber doch solidarisch mit denen, die die Demokratisierung aktiv betreiben. Ich kenne diese Mentalität aus Erfahrung mit mir selbst. Ich bin hierher gefahren, um mich solidarisch zu erklären mit denen, die vor Gericht gestellt werden. Mir kommt Solidarität allerdings vor wie ein Lippengebet.

Ich frage mich, welche Folgen hat unsere Solidarität für unsere Praxis. Lassen wir danach die Aktiven wieder aktiv sein und ziehen uns zurück und wenn dann wieder welche vor Gericht kommen, erklären wir uns wieder solidarisch und ziehen uns wieder zurück, bis der letzte Aktive die Nase und das Strafregister voll hat und aufgibt? Oder bis der letzte Antiautoritäre durch Stoßtrupp-Praxis im außeruniversitären Bereich zum Bürgerschreck verkommt, und alles bleibt, wie es ist. Eine Gesellschaft ist schlecht bedient, wenn es ihr gelingt, eine wirklich oppositionelle Generation zu zerschlagen und zu schlucken. Genau das will diese Gesellschaft jetzt. Und es wird ihr natürlich gelingen, wenn die Mehrheit der Studenten durch Abstinenz dazu beiträgt, daß die Aktionen der Aktiven immer noch symbolischer werden und eine nichts mehr vermittelnde abstrakte Radikalität Triumphe feiert, wenn also die antiautoritäre Energie degeneriert zu einer kulturkritischen Frequenz, die willkürlich radikal moduliert werden kann. Die Hochschule wäre geradezu sofort zu demokratisieren, wenn die Mehrheit der Studenten einen Begriff davon hätte und ein Bedürfnis danach. Die Demokratisierung ist aber auch an der Hochschule immer noch zu stoppen, wenn die Mehrheit der Studenten unaufgeklärt und ungerührt und eilig durchs reine Fach zum Futter strebt.

Dieser Beitrag von Dr. Martin Walser wurde, da er selbst wegen Krankheit verhindert war, verlesen auf dem Teach-In „Zerschlagt die kapitalistische Klassenjustiz" am 22. 1. 1969 in der Universität Köln. Diese Rede zeigt, daß auch zwischen Schriftstellern Barrikaden existieren. Durch seine kritische Reflexion der Praxis der Studentenbewegung erweist sich Dr. Martin Walser als wirklicher Verbündeter der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung. Währenddessen arbeitet Günther Grass emsig im Wahlkampf für die Ruhe-und-Ordnung-Partei SPD am weiteren Prozeß der Bewußtseinsvernebelung mit.

Die Redaktion

Klassenkampf an der Hochschule

Jörg Miehe

Hochschulpolitik ist nicht nur wesentlich für den Einfluß auf die Studentenbewegung, sondern auch als Kampf tatsächlich um eine Veränderung der Hochschule. Als Fragestellungen und als Schwerpunkte ergeben sich:

1. die Erörterungen zum Thema „Wissenschaft als Produktivkraft", und zwar organisiert in kapitalistischer Weise. Dazu gehören:

a) die objektiven Bedingungen, unter denen die Kapitalisten die Wissenschaft als Produktivkraft organisieren,

b) die Frage, wie können sie das politisch und wie ökonomisch realisieren.

Im Hinblick auf den letzten Punkt ist auf einen entscheidenden Widerspruch hinzuweisen, der im wesentlichen noch nicht bearbeitet worden ist. Es ist dies der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, Wissenschaft als Produktivkraft insgesamt zu organisieren sowie zentral zu planen und der schon sehr früh in der Grundlagenforschung notwendigen Anknüpfung der Verwertung für Einzelunternehmen, d. h. also in die Grundlagenforschung reichen Konkurrenz- und Abgrenzungsprobleme, Geheimhaltung u. ä. weit hinein, was die Gesamtorganisierung äußerst problematisch macht.

c) Pläne der Formierung, die nicht nur ausgehen von der Frage der Forschungsfinanzierung, der Verwertung der Forschungsergebnisse, sondern auch die verschiedene Organisierung der Universität im Rahmen des Ausbildungswesens oder im Zusammenhang mit der Ausbildung qualifizierter akademischer Facharbeiter berücksichtigen, müßten gesammelt, katalogisiert und analysiert werden. Es müßte auch eingegangen werden auf mehr taktische Probleme der Durchsetzung der Formierung der Universität, also Sonderinteressen der jeweiligen Länderbürokratie und Kräfteverhältnisse an der Universität zwischen reaktionären Autonomisten und „progressiven" oder besser reaktionären „Stromlinienleuten" und vielleicht auch Studenten.

2. Analyse der antiautoritären Politik an der Hochschule:

Wir sind der Meinung, daß die bisherige Studentenpolitik – um es schlagwortartig zu sagen – eine utopische Rückbeziehung auf bürgerliche Freiheitsvorstellungen ist, nicht nur allgemein, sondern auch gerade hinsichtlich der Universität (Universität und Wissenschaft als Selbstverwirklichung mit sozialkritischem Anstrich). Die Losung „Freiheit der Wissenschaften" ist einerseits objektiv antikapitalistisch, andererseits ist sie aber tendenziell antisozialistisch, weil sie versucht, die notwendige und sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus unvermeidliche Vergesellschaftung der Wissenschaft als Produktivkraft aufzuhalten. Diese Losung widerspricht im einzelnen den objektiven Bedingungen der Vergesellschaftung, und sie entspricht nicht – und das halten wir für einen relativ wichtigen Punkt für die Strategie an den Hochschulen – den objektiven Bedürfnissen der Studenten nach beruflicher Verwertung ihrer Ausbildung, und sie führt ferner zu antisozialistischen Positionen hinsichtlich des Aufbaus des Sozialismus, also auch hinsichtilch der Politik, welche die sozialistischen Länder mit ihrer Wissenschaft betreiben. Das kann man ganz genau prüfen, wenn man die Leute auf derartige Verwendung und Organisationsformen der Wissenschaften anspricht. Das ist auch ein wesentliches Element der antisozialistischen Haltung gegenüber dem sozialistischen Lager: das ist mehr ein materieller Grund als nur ein unreflektierter Antikommunismus oder als einer, der ausgeht von Vorstellungen der privaten Existenz.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die antiautoritäre Position kein Gegenkonzept zur kapitalistischen Vergesellschaftung der Wissenschaften zu liefern vermag, sondern im Grunde nur alte Positionen mit neuen Argumenten versieht. Die Wirksamkeit der antiautoritären Politik versuchen wir an der These zu erklären, daß die antiautoritäre Losung von der „Freiheit der Wissenschaft" auch heißt Freiheit von der persönlich zu bestehenden Verpflichtung zur Berufsausbildung, die eine Auseinandersetzung bringen müßte mit den enorm gewachsenen Schwierigkeiten an den Institutionen, der unsicheren Perspektive nach der Ausbildung und natürlich den durch bestimmte schichtenspezifische Dinge vermittelten Lernschwierigkeiten. Die antiautoritären Losungen hinsichtlich der Universität liefern also in mehrfacher Hinsicht ein perfektes Verdrängungsmodell, und ich glaube, auf diese Weise läßt sich im wesentlichen die spontane Reaktion derjenigen erklären, die sich antiautoritär organisieren.

3. Grundbedingungen einer antikapitalistischen Hochschule, d. h. Konzeptionen einer antikapitalistischen Vergesellschaftung der Wissenschaft:

Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir diese Konzeption oder These zu fixieren haben in einer Gesellschaft, die mittelfristig zumindestens nicht revolutionär ist, wo also die Kapitalisten mittelfristig ihre Vergesellschaftsvorstellungen werden durchsetzen können. Wir müssen mithin wissen, daß die unter dem ersten Punkt angeführten objektiven Kriterien der Vergesellschaftung der Wissenschaften im Sinne einer Notwendigkeit, die auf die Kapitalisten zukommt, jetzt aber nicht im Sinne der Konkurrenz, sondern der konkreten Bedingungen dieser Vergesellschaften zu einer Auseinandersetzung zwingen mit Fragen einer Lenkung der Richtung bestimmter Berufswege, mit Fragen der Ausbildungsprofilierung, der Gliederung des Ausbildungs- und Forschungssystems. Diese Fragen sind ja nicht nur problematisch auf Grund der Konkurrenzbeziehungen zwischen den Kapitalisten, sondern auch im Hinblick auf die Konkurrenz zwischen kurz- und langfristigen Interessen, zwischen ökonomischen Interessen, zwischen langfristigen ökonomischen Interessen und kurzfristigen politischen. Langfristig müssen die Herrschenden, die Kapitalisten, daran interessiert sein, ein breites Fundament zu legen sowohl für die Forschung als auch für die Ausbildung; das kostet aber ungeheure Summen, und das bedeutet, daß der politische Befriedigungsspielraum mittels größerer Budgets schrumpft. Und zwischen diesen Erfordernissen gibt es eine entschiedene Konkurrenz! Ich glaube, das ist auch einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die gesamte Fachschulreform bisher nicht in Angriff genommen worden ist, abgesehen von den Fragen der Zentralisierung der Kompetenzen beim Bund. Aber das hätte man schon längst durchsetzen können, wenn dafür freie Mittel zur Verfügung stünden, was jedoch wohl nicht der Fall ist.

Dies ist also eine kurze Gegenüberstellung einmal von objektiven Notwendigkeiten der Organisierung dieses gesamten Komplexes und zum anderen dem sowohl ökonomisch als auch politisch widersprüchlichen Spielraum, der dafür existiert. Hier spielt die Interessengegensätzlichkeit noch keine Rolle, etwa zwischen Professoren und Studenten, zwischen den Bürokratien sowie Unternehmern.

4. Von einem anderen Punkt aus gesehen, bedeutet derselbe Sachzusammenhang: Klassenkampf an der Hochschule im Hinblick auf die Wissenschaften und auf die unmittelbaren Interessen der Studenten.

Was sind die objektiven Interessen der Studenten und wie verändern sie sich – oder können wir heute schon von objektiven Interessen der Studenten ausgehen und unsere praktische Politik darauf einrichten? Welches Verhältnis besteht somit zum aktuellen Bewußtseinsstand, welches müßten folglich die ersten Schritte einer solchen Politik sein?

Wir haben uns auf die These geeinigt, daß das objektive Interesse der Studenten die berufsmäßige Verwertung ihrer qualifizierten Arbeitskraft ist. Objektiv heißt dies, daß die Studenten interessiert sein müßten einmal an der Sicherung einer relativ bestimmt vorhersehbaren Zahl von Arbeitsplätzen und an einer inhaltlich halbwegs bestimmten Anforderung dieser Arbeitsplätze. Genau das aber ist im Kapitalismus nicht fixierbaren Leistungsnormen und -vorstellungen überlassen: ein fast unfehlbares Instrument; denn sobald zuviel Bewerber vorhanden sind, kann man die Leistungsschraube anziehen, da, und das ist wesentlich, diese Leistung, die beim Abschluß des Studiums und auf den verschiedenen Stufen unterwegs erbracht werden muß, nicht in irgendeinem rationalen Verhältnis steht oder in ein kalkulierbares Verhältnis zu bringen ist zu den notwendigen Qualifikationen für den Beruf, da diese wiederum nicht absehbar sind. D. h. also, die Studenten hätten ein objektives Interesse daran, die Konkurrenz abzuschaffen. Das hätte jedoch eine sehr problematische Konsequenz: sie müßten nämlich ein objektives Interesse daran haben, daß der Zugang begrenzt wird. Man muß realistisch sehen, daß so etwas bei zunehmender Einbeziehung der Universität in den Prozeß der Schaffung eines qualifizierten Facharbeiternachwuchses herauskommen kann und daß die Studenten sich dafür, also für eine etwa zünftlerische Beschränkung, auch hergeben würden. Andere Momente desselben objektiven Interesses sind antikapitalistisch, da sich ohne große Schwierigkeiten aus diesen unmittelbaren Interessen eine Agitation betreiben läßt, weil eine Analyse das notwendige Überführen dieser Gesellschaft in eine sozialistische zeigt, da sich eben Arbeitsplätze ihrer Zahl und ihren Qualifikationsanforderungen nach und das relative Branchenverhältnis nur planen und auch prognostisch mit einiger Sicherheit bestimmen lassen, wenn man den gesamten Industrie- und Leistungsprozeß plant.

Wenn man ausgeht von dem Problem des Versuchs der Abschaffung der Konkurrenz, ist klar, daß man sich in Übereinstimmung befindet mit fast allen pädagogischen Forschungen zur Steigerung der Effektivität des Zeiteinsatzes beim Lernen etc., was aber auch im objektiven Interesse letztlich der Herrschenden läge, wenn nicht der entsprechende Finanzaufwand eine Grenze setzen würde. Ein solcher Finanzaufwand muß aber auch natürlich im Interesse der Studenten liegen; denn solange sie nicht sicher sein können, daß sie einen Arbeitsplatz erreichen und wie er aussehen wird, müßten sie ein Interesse daran haben, ihren Ausbildungsstand möglichst zu erhöhen, und sie müßten andererseits ein Interesse daran haben, daß sie innerhalb dieses Ausbildungsprozesses die Anforderungen institutionell auf einen Minimumstandard fixieren, der so aussehen müßte, daß alle, die zur Hochschule zugelassen werden, sie auch durchlaufen können. Das ist selbstverständlich sehr problematisch; aber wahrscheinlich ist es eine der Kampfmöglichkeiten gegen eine nicht formulierte Leistungsschraube, die einer der wesentlichsten Anpassungsmechanismen ist.

Man müßte also für eine antikapitalistische Vergesellschaftung der Hochschule eintreten; und das hieße, eine Autonomie der Hochschule fordern, die sich damit legitimiert, daß die Hochschule als Institution die Widersprüche analysiert, welche die Kapitalisten hinsichtlich dieser beiden notwendigen Sektoren, nämlich Forschung und Ausbildung sowie Verwertungsprozeß beider nicht lösen können.

Einer der problematischsten Punkte ist, daß sich diese Analyse nicht an den Bedürfnissen, die sich über Nachfrage und Kaufkraft ergeben, sondern an objektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren müßte. Wir können eigentlich Politik zur praktischen Veränderung und zum praktischen Kampf nur machen, indem wir uns letztlich auf gesellschaftliche Bedürfnisse beziehen, die sich aber nicht als Bedarf artikulieren. Man müßte versuchen, in diesem Zusammenhang die „Schicht" der Dozenten, Ordinarien usw. in diesen Kampf miteinzuspannen, die objektiv als „Schicht" zumindest ein ähnliches oder gleiches Interesse haben, das sich natürlich aktuell nicht unbedingt herausstellt, wenn die Ankoppelung von Instituten an Unternehmen ganz andere materielle Interessen für die Ordinarien und auch längere Perspektiven für sie schafft.

Langsam fängt offenbar das „Tabu" der Vertretung der unmittelbaren Interessen der Studenten durch sie selbst an zu brechen. Nach der antiautoritären Aufwallung an Hand von außeruniversitären Problemen wird es allmählich möglich, an der Universität zu agitieren zum Problem der unmittelbaren materiellen Interessen der Studenten an der Hochschule, an ihrem Arbeitsplatz. Es ist die allgemeine Perspektive der Deklassierung, die diese Mobilisierbarkeit im Hinblick auf die außeruniversitären, die gesellschaftlichen Problematiken ergibt, der Widerspruch zwischen liberalem politischen Bewußtsein und dem, was die Studenten an Formierungen, an Kolonialismus oder Neokolonialismus usw. erleben. Daß aber das eigentliche fachliche Problem der Berufsausbildung und der dabei erlebbaren Schwierigkeiten jetzt erst allmählich in den Blick gerät, würde also durchaus eine neue Stufe in der bewuß-

ten Wahrnehmung dieses Deklassierungsprozesses bedeuten; es würde nämlich die Neuorientierung auf das Problem des akademischen Facharbeiters beinhalten. Für die im Grunde schon in der Ausbildung vorhandenen akademischen Facharbeiter, die Naturwissenschaftler, die Volks- und Betriebswirte, die Mediziner, teilweise auch die Juristen, wird wohl gelten, daß ein Großteil noch Eliteansichten hat. Doch glaube ich, daß ein wesentliches Element, das verhindert, daß diese Leute ihre materiellen Interessen wirklich realisieren und wahrnehmen, der Tatbestand ist, daß bisherige Konzepte der politischen Vertretung dieser Anliegen ihnen ihre Aussicht als ausgebildete akademische Facharbeiter versperrten. Mit dem antiautoritären Konzept „Freiheit der Wissenschaften" können diese Leute sowohl hinsichtlich ihrer praktischen Ausbildung an der Universität – sie erleben sowieso tagtäglich eine Verschulung – nichts anfangen und auch ebensowenig hinsichtlich der Perspektive ihrer Berufsaussichten. Es wäre wesentlich, ob sich bei Beginn der Agitation und der Arbeit in diesen Bereichen oder ob sich vielleicht sogar selbständig dort so etwas wie syndikalistisches Bewußtsein hinsichtlich der Probleme des Studiums und der Berufsaussichten anfängt auszubreiten.

Das Bewußtsein der Deklassierung äußert sich bisher noch nicht in materiellen, sondern in politischen Interessen, d. h. ideologisch, und das bedeutet auch eine Erklärung der Effektlosigkeit der antiautoritären Politik trotz der Massen, die sie auf die Beine bringt, weil nicht um faktische Veränderungen gekämpft wird. Es wird eigentlich gegen Ideologien gekämpft, sowohl bei sich selbst als auch bei den Herrschenden, bei den Kapitalisten und bei autoritären Professoren. Man agitiert dauernd gegen Ideologien und verändert nichts.

Wir meinen, daß der SDS oder ein marxistischer Studentenverband Avantgarde spielen sollte im Hinblick auf diese Vermittlung der nur syndikalistisch oder gewerkschaftlich zu fassenden Interessen zu den notwendig sich nur in sozialistischen Kategorien ausdrücken könnenden objektiven langfristigen Interessen der Studenten, daß daneben notwendig wäre zur Organisierung all derer, die auch gewerkschaftliche Forderungen haben, so etwas wie eine Studentengewerkschaft. Dies hätte noch den wesentlichen Vorteil, daß eine Auffangorganisation bestünde für die wahrscheinlich zumindest von der Seite der Herrschenden drohende Zerschlagung der institutionalisierten Studentenvertretung.

Das Problem, was sich an materiellen Interessen verwirklichen läßt, ohne gleichzeitig systemsprengend zu wirken – nicht das Problem der Agitation für diese Dinge –, des sich auf notwendige kleine Reformen Einlassenmüssens, ist ein Reformismusproblem. Analyse und Agitation sind nur möglich im Hinblick auf gesellschaftliche Bedürfnisse, während sich praktische nur als vorhandene Kampfkraft äußern können.

„Ein anderer Teil der Arbeitsgruppenteilnehmer bestand aus psychisch sensibilisierten Kommilitonen, die die Befreiung von Fremdbestimmung im autoritären Lehrbetrieb genossen. Sie nahmen die Arbeitsgruppen zum Anlaß, möglichst herrschaftsfrei miteinander zu kommunizieren, und befreit von repressiven Leistungsforderungen miteinander zu arbeiten. Allerdings wiederholten sich die aus der antiautoritären Bewegung bereits einigermaßen bekannten Schwierigkeiten. Der verfehlte Versuch, egalitäre Kommunikation und Freiheit von Leistungsdruck unmittelbar herzustellen, muß scheitern. In aktuellen Kampfsituationen und in der Auseinandersetzung mit einer autoritären Gesellschaft ganz allgemein sind Disziplin und eine gewisse Leistungsorientierung unbedingt nötig. Ebenso können gerade dann, wenn man versucht, die Wissenschaft selbsttätig zu organisieren, die Anforderungen der bisherigen Wissenschaft an die Fähigkeit, Unlust zu überwinden und Leistung zu erbringen, nicht einfach negiert werden. Vielmehr käme es darauf an, die Entfremdung bzw. Verselbständigung der wissenschaftlichen Leistungsdisziplin zu ersetzen durch die Einsicht in die Tatsache, daß zur Erreichung emanzipatorischer Ziele Lustversagungen unabdingbar sind." (SDS INFO 4, 25. 1. 69, S. 13)

Allen, die die Welt nicht nur interpretieren, sondern auch verändern wollen, sei diese Aufforderung zur Einsicht seitens des SDS-Bundesvorstandes nicht nur aus vorliegendem Anlaß anheimgestellt! Leider hat dieses Gremium diese Erkenntnis nicht schon vor einem Jahr gehabt; dem SDS wäre viel erspart worden.

Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Knulp Kievenheim

Den nachfolgenden Thesen liegt ein Diskussionsbeitrag zugrunde, der unter dem Thema „Bemerkungen zur Strategie der Arbeiter- und Studentenbewegung" auf dem Bundesseminar marxistischer Studenten im Dezember 1968 in Frankfurt/Main gehalten wurde.

Die Red.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus übernimmt der Staat unmittelbare ökonomische Regulierungsfunktionen im Interesse des Monopolkapitals. Er wird damit tendenziell zum realen „Gesamtkapitalisten". Für den sozialen und wirtschaftlichen Tageskampf der Arbeiterschaft bedeutet dies objektiv die sehr viel direktere Konfrontation mit dem staatlichen Apparat, was ökonomische Kämpfe tendenziell zu politischen werden läßt.

Daraus folgt für die Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins als entscheidendem Erfolgskriterium sozialistischer Politik, daß die Herrschaftsstrukturen des kapitalistischen Systems anhand der Erfahrungen aus dem Kampf der Arbeitenden um eigene Interessen konkreter vermittelt werden können. Andererseits erschweren diese veränderten objektiven Bedingungen die Bewußtseinsbildung jedoch insofern, als es möglich wird, jenen „gesamtkapitalistischen Eingriff" als ein Interesse der Gesamtgesellschaft oder als „nichtkapitalistisch" zu verschleiern, so daß der Staat nicht als Repräsentant spezifischer Klasseninteressen, sondern als Repräsentant des „gesamten" Volkes erscheint. [1]

Die Staatsfrage – bzw. die im praktischen Verhalten ausgedrückte Position gegenüber der staatlichen Ebene – wird zum erstrangigen Problem der Orientierung der trade-unionistischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft. In Ausübung ihrer Funktion können die Gewerkschaften eine traditionelle „Neutralitätsposition" gegenüber dem Staat (d. h. die praktische Tolerierung des politischen Systems, die mehr und mehr zur Anerkennung wurde) nicht mehr halten. Für sie wird die direkte Einflußnahme auf d a s politische Herrschaftsinstrument notwendig. Dies gilt in gleichem Maße auch in „umgekehrter Richtung".

In einem System staatlicher Wirtschaftsregulierung wird eine a u t o n o m e Gewerkschaftspolitik zu einem nicht tolerierbaren Unsicherheits- und Störungselement. Deshalb muß sie auf die Einplanung von Löhnen und Gehältern als Kosten- bzw. Nachfragefaktoren festgelegt werden. [2]

Die Erhaltung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, bzw. der kapitalistischen Herrschaft verlang aufgrund des systemimmanenten, durch die Bedingungen der internationalen Konkurrenz verschärften, Widerspruchs zwischen Massenkaufkraft und privater Produktivkraft die sozial- und lohnpolitische Disziplinierung der abhängig Arbeitenden nicht nur in Krisensituationen, sondern gebietet die langfristige d i r e k t e Integration a u c h [3] rein trade-unionistischer Politik und ihrer organisatorischen Träger, erst recht natürlich die Unterdrückung autonomer Klassenpolitik der Gewerkschaften.

[1] Vergl. etwa Zusammenhang und Funktion von „Wirtschaftsdemokratie" bzw. Sozialisierungskonzeptionen der Gewerkschaften bzw. Sozialdemokratie und Verlust Marxistischer Klassenanalyse der Staatsfrage (vor 33 und nach 45). Siehe u. a. Rotes Gewerkschaftsbuch, Frankfurt/Main 1967, S. 16 ff. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, Bd. 6, S. 104 ff.

[2] Zur staatlichen Einkommenspolitik u. a. W. Gernes: „Staatsmonopolistische Einkommenspolitik und Gewerkschaften", in: Marxistische Blätter, H. 1/69, S. 15 ff.

[3] Auch, als kapitalistische Herrschaftssicherung schon mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und dem imperialistischen Stadium der Integration rel. Fraktionen der politischen Arbeiterbewegung, qua ihrer Spaltung bedurfte, was in enger Wechselbeziehung zur trade-unionistischen Politik steht.

Priorität und Notwendigkeit der Integration sind selbstverständlich nicht ausschließlich aus den veränderten ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus abzuleiten, sondern reflektieren vielmehr aus Verschiebungen im nationalen und internationalen Kräfteverhältnis der Klassen:

„In der Vergangenheit genügte es dem Kapitalismus politisch, eine kleine Schicht qualifizierter Arbeiter an sich zu binden, um die gesamte Arbeiterschaft in den erforderlichen Grenzen zu halten, denn diese Schicht schaltete und waltete in der gesamten organisierten Arbeiterbewegung ... heute besteht das sozialistische System, das Monopol der Arbeiteraristokratie auf die organisierte Arbeiterbewegung ist längst zusammengebrochen, und es genügt keineswegs, irgendeinen Arbeiter von der übrigen Masse loszureißen oder einigen Gewerkschaften bessere Bedingungen als den anderen zu bieten ... Der Kapitalismus ist gezwungen, sie (d. h. die Arbeiterklasse – K. K.) sozusagen durch und durch zu durchdringen ...

Die Arbeiterbürokratie ist heute das Hauptinstrument bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse ..." [4]

Modellhaft weisen etwa die Realität der gegenwärtigen „Mitbestimmung" und die „konzertierte Aktion" auf den Mechanismus der Integration trade-unionistischer Arbeiterorganisation hin: hier funktioniert dieser Mechanismus qua personeller Einbeziehung von Teilen des „Apparats" der Arbeiterorganisationen in Lenkungs-Teilorgane des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses. Hat diese Einbeziehung zur Bedingung, daß die „gemeinsam" (mit Kapitalvertretern bzw. mit der Staatsbürokratie) getroffenen Entscheidungen systemimmanente Rationalität (d. h. Ausrichtung auf kurz-, mittel- und/oder langfristige Profitsicherung des Kapitals) nicht durchbrochen werden, so sind sie in hervorragender Weise geeignet, ihren Klassencharakter zu verschleiern. Neben der ökonomischen Funktion hat diese Art der Integration demnach noch eine ideologische. Jene „Rationalität" im Sinne des Kapitalinteresses ist institutionell, gesetzlich und juristisch weitgehend abgesichert. Man beachte etwa die aktienrechtliche Bindung des „Mitbestimmungsvertreters" an die Kapitaleigner [5], die Abhängigkeit der in der „konzertierten Aktion" festgelegten Regelung von der Globalsteuerung bzw. den Zielprojektionen des Wirtschaftsministeriums.

Dabei deutet die Praxis der „konzertierten Aktion", zu der sich in Bonn von der „linken" IG Metall bis zur „rechten" IG Bau-Steine-Erden alles zusammengefunden hat, darauf hin, daß die Unterscheidung von „integrierten" und „reformistischen" Gewerkschaften – zumindest, was ihre Spitzen angeht – fragwürdiger ist denn je.[6] Eine Bestätigung dessen finden wir z. B. in der Konsequenz des gewerkschaftlichen Anti-Notstandskampfes.

Haben wir schon weiter oben von der Unhaltbarkeit traditionell trade-unionistischer Positionen gesprochen, so gilt ähnliches unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, unter den Bedingungen der Vernichtung bürgerlich-demokratischer Formen der Machtausübung durch das Monopolkapital, auch für deren politische Variante: nämlich für die „nur-demokratische", reformistische Position in der Arbeiterbewegung.

Die konsequente Vertretung der „nur-demokratischen" Position muß in der Praxis mehr und mehr zur Konfrontation mit dem monopolkapitalistischen Staat führen. Dieser Haltung steht jedoch ein verselbständigtes organisationspolitisches Interesse entgegen: die Angst vor Verunsicherung oder „Zerschlagung" der Organisation, was insofern real ist, als sich die Schwäche der eigenen Position tatsächlich aus dem Verzicht auf Mobilisierung der Basis und auf Schaffung des entsprechenden Bewußtseins in der Mitgliedschaft als Produkt der eigenen Politik ergibt.[7]

Das bedingt u. a. jenen Legalismus, der zumindest in der gegenwärtigen Phase gefördert wird durch die Tatsache, daß das staatsmonopolistische Kapital die Veränderungen des politischen Systems mit „legalen" Mitteln durchsetzen kann, und dies nicht zuletzt durch die Präsenz der SPD in der staatlichen Exekutive. Übrig bleibt von den reformistischen Positionen ein „verbaler Reformismus", der spezifische Integrationsfunktionen zeitweise auch in der Geschichte der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung ausüben konnte.

Der oben skizzierte Integrationsprozeß zeigt sich in seinen Auswirkungen sowohl für die herrschende Klasse als auch für die gewerkschaftliche Organsiation ambivalent.

Für die herrschende Klasse insofern, als etwa die institutionelle Integration relevanter Teile des Apparates der Arbeiterorganisationen, solange diese Organisationen für die Willensbildung ihrer Mitgliedschaft auch nur minimal durchlässig bleiben, die Gefahr des Eindringens antikapitalistischer Alternativen in einige staatlich kapitalistische Lenkungsorgane nicht ganz ausschließen kann. (Ich würde hier etwa eines der zentralen Motive für die Ablehnung der Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften durch das Großkapital und seine politischen Vertretungen sehen.)

Für die gewerkschaftliche Organisation insofern, als die Unterordnung unter die staatliche Wirtschaftsregulierung tendenziell zum Verzicht auf Mobilisierung der Mitgliedschaft führt und als Folge davon die eigene Basis reduziert wird.

Für den „reformistischen Flügel" fördert der Integrationsprozeß bei Verschärfung der staatlichen „Entdemokratisierungsmaßnahmen" das Mißverhältnis zwischen Anspruch und Praxis des eigenen Verhaltens zutage. Der Kölner Jugend-Kongreß der IG Metall und der Braunschweiger Jugendkongreß des DGB sind als erste Reaktionen eines politisch bewußten Teils der Gewerkschaftsjugend auf diese Tendenz zu werten.

[4] S. Tschenjajew: „Ursachen und Charakter der gegenwärtigen demokratischen Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern" – Sowjetwissenschaften – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge – 1962, S. 198 ff, zit. in Schumacher: Partnerschaft oder Mitbestimmung, Berlin (DDR) 1967.

[5] Vergl. Schumacher, a.a.O., S. 71 ff.

[6] Vergl. dazu auch Heiseler: Das Dilemma des Reformismus heute – Marx. Blätter 2/68, S. 38 ff.

[7] Vergl. etwa die „Burgfriedenspolitik während des ersten Weltkrieges" in: Das rote Gewerkschaftsbuch, a.a.O., S. 11 ff. bzw. die Kapitulation der Gewerkschaftsführungen vor dem Faschismus 1933, vergl. Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover und Fffm. 1958.

NEUER MALIK
Verlag Bernard W. Wette Berlin und Baden-Baden

NEUER MALIK
Der Name ist Programm. Der Verlag will Bücher und Broschüren in hoher Auflage billig herstellen. Bücher als Arbeitsmaterial.
Der Verlag arbeitet ohne Profit.

NEUER MALIK
kündigt an:

A. Reihen (Arbeitstitel):
1. **Linke vor rechten Richtern.** Politische Reden vor Gericht (Rosa Luxemburg, Liebknecht, Leviné, Dimitroff, Fidel Castro u. a.)
2. **Bibliographien des Sozialismus.** Bio-Bibliographien im Taschenformat (Lenin, Marx, Engels, Liebknecht, Bakunin, Lassalle, Hans Herrgott u. a.)

B. Einzelausgaben:
Rosa Luxemburg: Rede zum Programm. Gehalten auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 29.–31. Dezember 1918 zu Berlin. – Reprint der Erstausgabe Berlin: Verlag „Rote Fahne", 1919. 32 Seiten, brosch.,

Preis: DM 1,50. Bereits erschienen!

Bei den Reihen ist Subskription möglich. Mengenpreise für Verbände und Organisationen der Linken auf Anfrage.

Bestellungen bitte direkt an den Verlag
NEUER MALIK Bernard W. Wette
7570 Baden-Baden, Stefanienstraße 7, Telefon 2 43 76

Gerade hier müssen die Marxisten ansetzen und Schwerpunkte für ihre Arbeit sehen: die Schaffung einer Alternative zur Integrationspolitik der Herrschenden gegenüber den Gewerkschaften. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Alternative zu dem genannten wesentlichen Moment der gegenwärtigen Gesamtstrategie der Herrschenden nur entwickelt werden kann aus konkret einsehbaren Teilalternativen.

Dies wäre m. E. zunächst der Kampf um die Verwirklichung eines Mitbestimmungskonzepts, das die Kontrolle am Arbeitsplatz durch unmittelbare Vertreter der Arbeiter und Angestellten vorsieht, was eine Aktivierung und Politisierung der Interessenvertretung an der betrieblichen Basis voraussetzt und fördert. Die Perspektive wäre, die genannten Anfangsformen der Mitbestimmung auf den Bereich der unternehmenspolitischen Entscheidungen auszudehnen (Kontrolle der Investitions- und Produktionspolitik etc.), Vorhaben und Pläne der Unternehmensleitungen offenzulegen, was wiederum aktivierend und bewußtseinsbildend wirken kann. Eine solche Kontrolle kann Mitbestimmung, sprich Einflußnahme auf Entscheidungen der verschiedensten Ebenen nur insofern bedeuten, als sie erkämpft werden muß. Dabei ist deutlich zu machen, daß eine „partnerschaftliche", „friedliche" Mitbestimmung eine Preisgabe der realen Interessenvertretung der Arbeiterschaft bedeutet, daß die Träger antagonistischer Interessen nicht gemeinsam bestimmen können.

An einem öffentlichen Kontrollmodell kann zugleich die Verzahnung der einzelnen betrieblichen Entscheidungen der Unternehmer bis in den Bereich globaler Lenkungsprozesse aufgezeigt werden, was wiederum die Notwendigkeit verdeutlicht, diese Kontrolle weiterzutreiben – auch mit politischen Mitteln – und die Frage der staatlichen Macht zu stellen.

Bei den konkreten Teilalternativen, die unmittelbar das wirtschaftliche Interesse der Arbeitenden berühren, wäre das Problem der betriebsspezifischen Tarifpolitik zu diskutieren: Inwieweit können Disproportionalitäten in den einzelnen Sektoren der Produktion berücksichtigt werden, die von der Gesamtplanung entweder nicht erfaßt, oder wachstumsschwächeren Sektoren einfach angepaßt werden. Es könnte eingewendet werden, daß zumindest die Ansätze einer solchen betrieblichen Alternative die Gefahr syndikalistischer Beschränkung enthielten, der oben aufgezeigten Zentralisierung der Entscheidungen ungenügend Rechnung trügen. Derartige Bedenken sind nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem müßte ein solcher Weg beschritten werden, da Alternativen nicht dort aufgebaut und praktiziert werden können, wo wir von der augenblicklichen Basis und den gegebenen Machtverhältnissen her keinen Zugang haben. Sie können nicht abstrakt als klassenmäßige Totalalternativen zu diesem System begriffen und aufgestellt werden.

Dafür muß folgendes klar sein:

1. Die Partialalternativen sind ständig und konkret zu anderen zu vermitteln (etwa auf dem kommunalen Sektor), oder beispielsweise zur politischen Repräsentanz der Marxisten im Wahlkampf. Denn gerade dort gilt es, die polit-ökonomischen Implikationen sowie die Widerstände gegen die Durchsetzung „demokratischer" Forderungen in Verbindung mit dem Kampf an der Basis deutlich zu machen.

2. Strategisch muß klar sein, daß einzelne Positionen, die es zu erkämpfen gilt, selbst nur Übergangscharakter haben können, solange die Frage nach der staatlichen Macht als der höchsten Form organisierter Interessen des Monopolkapitals nicht im Sinne der Arbeiterklasse entschieden ist.[8]) Es muß klar sein, daß „Inseln" der sozialistischen oder Arbeitermacht nicht toleriert werden. Verbunden mit dem Kampf um konkrete Alternativen, bei dessen Führung und Vermittlung entscheidende Aufgaben für die marxistische Partei liegen, müssen die Auseinandersetzungen um die innergewerkschaftliche Demokratie forciert werden, gilt es die bisherigen Ansätze innerorganisatorischen Widerstandes zu strukturieren. Völlig falsch wäre in diesem Zusammenhang angesichts der objektiven Funktion der Gewerkschaften und der Basis, über die wir im Augenblick verfügen, eine Politik des „Heraus aus den Gewerkschaften". Dies würde die Gefahr der Isolierung der klassenbewußten Kräfte verstärken.

[8]) Etwa im Gegensatz zu der „Strategie" von André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Ffm. 1967 (EVA), man muß vor allem aber auch kritisch die neuesten Vorschläge von Matthöfer, Vilmar etc. zur „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" untersuchen. Zusammenfassende Darstellung siehe Gewerkschaftsspiegel 29/69: „Der gegenwärtige Stand der Mitbestimmungsdiskussion".

Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform

Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt selber treffen.

Aufbau und Ausbau der Universitäten und die Bemühungen um eine Neuordnung der Studiengänge waren zwar von zahlreichen Reformen begleitet; sie lösten jedoch nur einzelne, jeweils dringliche Probleme.

Die körperschaftliche Verfassung der Universität und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft müssen neu bestimmt werden. Die Reform der inneren Struktur der Universität muß von den folgenden Leitsätzen ausgehen:

- Die grundrechtliche Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre (GG 5,3) begründet und begrenzt ihre korporative Organisation;
- Die kritische Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft erfordert die Autonomie der Universität;
- Mitarbeit begründet Mitverantwortung;
- Leistungsfähigkeit verlangt Differenzierung der Funktionen;
- Sachgerechte Erfüllung der Funktionen erfordert korporative Selbstkontrolle.

Zur Verwirklichung dieser Leitsätze schlagen die unterzeichnenden Rektoren vor:

I

Die Universität gliedert sich in diejenigen Einheiten von Forschung und Lehre (Arbeitsgruppen, Institute etc.), welche die tatsächlichen Träger von Forschung und Lehre sind. Diese sind sinnvoll einander zuzuordnen und in übergeordnete Einheiten (Abteilungen, Fakultäten etc.) zusammenzufassen, die eine gemeinsame Verantwortung für ihre Bereiche und eine dadurch legitimierte Vertretung in der Universität übernehmen. Dieses Prinzip kann die Lösung von traditionellen Strukturformen fordern.

II

Die Gliederung nach Funktionen verlangt eine Neuordnung der Mitverantwortung aller Angehörigen der Körperschaften an der Selbstverwaltung nach den Prinzipien einer funktionsgerechten Kompetenzverteilung und qualitativen Repräsentation.

1. Die Angelegenheiten der Universität als einer Körperschaft von Lehrenden und Lernenden fallen grundsätzlich in die Entscheidungs- und/oder Beratungskompetenz aller ihrer Angehörigen, die demgemäß -unmittelbar oder mittelbar repräsentiert- an den satzungsgemäßen Organen zu beteiligen sind.

Das Ausmaß der Mitarbeit und Verantwortung sowie die Dauer der Bindung an die Universität bedingen Art und Gewicht der Beteiligung an der Selbstverwaltung. Die Anzahl der jeweils Beteiligten ist auf die Aufgaben und die Arbeitsfähigkeit der Gremien abzustimmen.

2. Auch wenn der Sachverstand einer scheidungen nicht begründet, ist das Entscheidungsverfahren so zu gestalten, daß die Nachprüfbarkeit der Entscheidungskriterien gewährleistet ist. Das kann geschehen durch Anwesenheit oder Mitwirkung bei den Beratungen, Bekanntgabe der Entscheidungsgründe u. ä. m. Damit wird auch das Prinzip der Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung verwirklicht. Unter Beachtung dieser Grundsätze können in einem Ausschließlichkeitskatalog diejenigen Angelegenheiten festgelegt werden, deren Entscheidung bestimmten Personengruppen vorbehalten ist.

3. Vor Majorisierung in ihren Angelegenheiten sollen Personengruppen nichtdurch quantitativen Proporz, sondern durch qualitative Regelungen geschützt werden (z. B. Einspruchsrechte, Schlichtungskommissionen, qualifizierte Abstimmungsmodalitäten oder Appellationsgremien).

4. Die Kontinuität in den Organen der Selbstverwaltung muß durch Stetigkeit und Dauer der Beteiligung gesichert werden. Im Interesse der Arbeitsteilung sollen bestimmte Entscheidungs- und/oder Beratungsfunktionen der Organe an sachverständige Kommissionen delegiert werden.

5. Die handlungsfähige Vertretung der Körperschaft nach außen, die Willensbildung innerhalb der Universität, besonders die Lösung von Konflikten fordern eine Stärkung der zentralen Organe.
6. Der Rektor oder Präsident vertritt die Gesamtheit der Universität und alle ihre Angehörigen.

III

Alle Verfahren und Tätigkeiten der Universität als einer öffentlichen Einrichtung müssen nachprüfbar sein auch durch verantwortliche Selbstkontrolle rechtfertigt sie ihre Autonomie.

Die Selbstkontrolle betrifft insbesondere Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Forschung.

1. Lehrveranstaltungen müssen nach nhalt und Form an den wissenschaftlich begründeten Studienzielen orientiert sein und den Stufungen des Prüfungssystems entsprechen. Sie werden für größere Studienabschnitte geplant. Wirksame Lehre wird durch Kritik im Hinblick auf Gehalt, Niveau, Darbietung und wissenschaftliche Aktualität gefördert. Kritik als eine Äußerung wissenschaftlichen Denkens muß sachlich begründet und persönlich vertreten werden.

2. Prüfungen finden in förmlicher Ordnung statt; Verfahren und Anforderungen müssen bekannt sein; Kommissionen sichern die Ordnung des Verfahrens und die Angemessenheit der Ansprüche.

Die Prüfungsordnungen müssen die Öffentlichkeit der Prüfungen, die Mitwirkung von Beisitzern, die Möglichkeit von Einsprüchen und das Apellationsverfahren regeln.

3. Die korporative Kontrolle der Forschung muß satzungsmäßig gewährleistet sein. Sie erstreckt sich auf die Abstimmung von Forschung und Lehre, auf die Abstimmung von Forschungsprojekten untereinander, sowie auf die optimale Nutzung von Forschungseinrichtungen.

Die Verbindung verwandter Forschungsdisziplinen und Arbeitsgebiete darf nicht durch überkommene Begrenzungen innerhalb der Universität und zwischen den Universitäten behindert werden.

Partikulare Einrichtungen müssen aufgegeben werden, wenn ihre Funktionen im größeren Zusammenhang der Forschung und Lehre wirksamer und rationeller erfüllt werden können.

Auch die Auftragsforschung ist der korporativen Kontrolle daraufhin zu unterwerfen, ob sie mit der Freiheit der Forschung und den Aufgaben ver Universität vereinbar ist.

IV

Selbstkontrolle der akademischen Körperschaft und Reform der Universität bleiben Stückwerk, solange den Universitäten Arbeitsbedingungen auferlegt sind, die sie an der Erfüllung ihrer Aufgaben hindern. Dabei ist gedacht z. B. an

- mangelnde Koordination von Höherem Schul- und Universitätswesen;
- die Unzulänglichkeit der Regelung des Zugangs zu den Universitäten;
- die Verhältnisse in den Massenfächern.

Selbstverantwortung und Leistungsfähigkeit der Körperschaft würden, der Endwicklung moderner Wissenschaft entsprechend, durch globale, möglischt mehrjährige Haushalte entscheidend gestärkt, die selbst in so unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen wie in Großbritannien und Jugoslawien üblich sind. Hierbei wäre sowohl dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Haushaltskontrolle als auch dem Interesse der Universität an größerer Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen.

V

Selbst wenn diese dringlichen Strukturreformen durchgeführt wird, die bestehenden Universitäten weiter ausgebaut werden und der Aufbau von Neugründungen rascher als bisher vollzogen wird, werden die Abiturientenzahlen in den nächsten Jahren grundlegende Veränderungen im gesamten Bildungssystem erzwingen. Die Universitäten werden in diese Veränderungen einbezogen sein und bereit sein müssen, an ihnen mitzuwirken.
Die unterzeichnenden Rektoren haben ihre persönliche Überzeugung in diesen Grundsätzen zusammengefaßt. Sie ziehen damit Folgerungen aus einer seit Jahrzehnten andauernden Reformdiskussion und den Erfahrungen in ihrem Amte. Sie wollen der Universität die Freiheit für ihre kritischen Aufgaben in Forschung und Lehre und ihre kritische Funktion in der Gesellschaft erhalten oder zurückgewinnen.
Zur Verwirklichung dieser Grundsätze bedürfen die Universitäten der Unterstützung aller ihrer Angehörigen, der Regierungen und der Parlamente.

Bad Godesberg, den 6./9. Januar 1968

Präambel des SPARTAKUS Bochum – Assoziation Marxistischer Studenten

Mitglied und Kandidat des SPARTAKUS kann nur werden, wer folgende Grundsätze und Ziele akzeptiert:
1. Als sozialistische Studentenorganisation tritt der SPARTAKUS für eine Gesellschaftsordnung ein, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt wird. Planung und Durchführung der gesamten Produktion erfolgt durch die Arbeiterklasse mit Hilfe der von ihr gewählten Organe: Parteien, Gewerkschaften, Planungs- sowie Produktionskomitees.
2. Aus diesem Grundsatz heraus begreift sich der SPARTAKUS als Teil der Arbeiterbewegung. Demgemäß betrachtet er auch das Studium als gesellschaftliche Arbeit. Sein Kampf für eine Veränderung der Hochschulstruktur im Sinne einer Selstverwaltung der Studierenden und Lehrenden ist somit identisch mit dem Kampf der Arbeiterklasse um entsprechende Verhältnisse in der Gesamtgesellschaft.
3. Das Erkennen des Klassenkampfes impliziert, daß es der SPARTAKUS als praktische Aufgabe ansieht, der bürgerlichen Ideologie als Mittel der Rechtfertigung des Bestehenden die marxistisch-leninistische Theorie als Mittel der Umwälzung des **Bestehenden entgegenzu**setzen. Diese Aufgabe ist durch die Vermittlung von Theorie und Praxis gekennzeichnet, wie sie als historischer Materialismus durch Karl Marx und Friedrich Engels entworfen, von Lenin erstmals als „Waffe der Kritik" zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung des Sozialismus eingesetzt wurde.
4. Diese Tatsache bedeutet gleichzeitig die Anerkennung der objektiven Verbundenheit des Klassenkampfes in den kapitalistischen Staaten mit der Existenz der sozialistischen Staaten. Beides bildet eine Einheit. Der Sozialismus ist in seiner Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ebenso unteilbar wie dieser in seinem Kampf gegen den Sozialismus und gegen die für eine sozialistische Ordnung eintretende Arbeiterklasse.
5. Dieser Kampf der Arbeiterklasse verläuft, entsprechend den verschiedenartigen Strukturen der Herrschaft der Bourgeoisie in vielfältiger Form. Die Skala reicht vom bewaffneten Aufstand bis zum Kampf in bürgerlichen Parlamenten. Die Anwendung jeweils verschiedener Formen widerspiegelt einerseits den unterschiedlichen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse, andererseits den unterschiedlichen Faschisierungsgrad der kapitalistischen Gesellschaft.
6. Der SPARTAKUS ist sich dessen bewußt, daß er als Teil der Arbeiterklasse die Verpflichtung hat, mit jedem seiner praktischen Schritte dafür zu wirken, daß die Isolierung der politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik von ihren historischen Aufgaben durchbrochen wird. Er hat dabei insbesondere die Organisationen der Arbeiterbewegung zu unterstützen und theoretische Beiträge zu leisten, die den dialektischen Charakter von Reform und Revolution, von parlamentarischer sowie gewerkschaftlicher Taktik und sozialistischer Strategie verdeutlichen.

FAZIT-Reihe 3 (Prof. Dieter Klein) **erscheint im Mai 1969**

Revolutionäre Strategie
und antiimperialistischer Kampf
in Westeuropa

An die Soldaten der Bundeswehr

H. Günter Wallraff

Wer kann berichten ...

Die Bundeswehr ist umstritten. Zu Recht. Regierung, Großindustrie und Generalität machen sich Sorgen darüber, daß ihre „Kampfkraft" nicht auf den gewünschten Stand komme oder gar nachlassen könnte, weil immer mehr Jugendliche den Kriegsdienst verweigern und auch in der Truppe ein kritischer Geist um sich greift, der den Militaristen in Uniform und Zivil nicht gefällt.

In der Bevölkerung wiederum haben diejenigen, die die Demokratie in unserem Lande für bedroht halten, die Sorge, daß die Bundeswehr zum Werkzeug der Ewig-gestrigen hochgezüchtet wird – daß sie für offensive Aufgaben, die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren sind, und schließlich für Bürgerkriegszwecke ausgebildet werden könnte.

Wächst in der Bundeswehr eine Gefahr für die Bevölkerung und die Demokratie heran, oder ist sie, wie offiziell beteuert wird, zu unserem Schutz da?

Um das entscheiden zu können, muß man herausbekommen, welche Aufgabe der Bundeswehr von den Mächtigen in Politik und Wirtschaft tatsächlich zugemessen wird. Und um das zu erkennen, muß die Öffentlichkeit wissen, was hinter den Kasernentoren wirklich praktiziert wird, wozu und in welchem Geist die Soldaten ausgebildet werden, wie die Ausbildungsmethoden sind und wie der Kasernenalltag.

Wie die Selbstdarstellungen der Bundeswehr aussehen, ist hinreichend bekannt. Was fehlt, ist die Stimme des einfachen Soldaten, gleich ob Arbeiter, Angestellter oder Student. Deshalb möchte ich ein Buch zusammenstellen, in dem diejenigen, die sonst nicht zu Wort kommen (die heute dienen oder in den letzten Jahren beim „Bund" waren), darüber berichten, ob sie in der Bundeswehr tatsächlich demokratischem Verhalten, Respekt vor den Grundrechten unserer Verfassung, sozialer Gerechtigkeit und der Bereitschaft zu Frieden und Völkerverständigung begegnet sind – oder inwieweit die Praxis der Truppe den schönen Worten ihrer Befehlshaber und ihrer Werbeprospekte widerspricht. Das ist keine Frage von „militärischen Geheimnissen", die Sie mir nach dem Gesetz nicht zuschicken dürfen und die mich nicht interessieren.

Schicken Sie mir Kurzberichte, Tagebuchaufzeichnungen oder einfache Hinweise über Schleifermethoden, Rechtsverstöße, Schikanen, Diskriminierungen wegen weltanschaulicher, politischer oder religiöser Anschauungen, besondere soziale Härten, Unterdrückung von Kritik Andersdenkender, tendenziösen politischen Unterricht, Huldigung nazistischer Vorbilder, scharfmacherische oder revanchistische Äußerungen von Vorgesetzten, kriegsverherrlichende Lieder und Parolen, völker- und rassenverhetzende Tendenzen.

Öffentlichkeit ist Voraussetzung für demokratische Kontrolle. Tragen Sie mit dazu bei. Schreiben Sie an

H. Günter Wallraff, 5 Köln-Weidenpesch, Hildebrandstraße 3

Eine Bestätigung, daß Ihre Arbeit bei mir eingetroffen ist, erhalten Sie innerhalb von 14 Tagen.

FACIT abonnieren!

Ein Abonnement 5,– (5 Hefte) keine Portokosten

Ein Beispiel: Hermann Josef Abs
Bankier und Politiker

Hermann Josef Abs, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, ist in den führenden Gremien nahezu aller entscheidenden Konzerne der Bundesrepublik vertreten und spielt in Wirtschaft und Politik eine große Rolle. Abs war nicht nur einer der eifrigsten Befürworter der Großen Koalition, sondern gehörte auch zu den Protektoren von Franz Josef Strauß und Kurt Georg Kiesinger. Als einflußreicher Sprecher der Großbanken und der Großindustrie hat er die westdeutsche Nachkriegspolitik entscheidend mitgeformt. Zwei Beiträge über Hermann Josef Abs sind vor einiger Zeit in der Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" erschienen. Der erste Beitrag (Eberhard Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker (I), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Hrsg. v. Hilde Bentele, Gerhard Gollwitzer u. a., Köln, XII. Jg., Heft 7, Juli 1967) behandelte den Aufstieg und die Tätigkeit von Abs in der Zeit von 1933 bis 1945. Im zweiten Beitrag (E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (II), Blätter, XII. Jg., Heft 9, September 1967) wurde das Wirken von Abs während der Kriegsjahre dargestellt.

In dem nachfolgenden Beitrag untersucht der Verfasser die Rolle von Abs vom Kriegsende bis in die Gegenwart.

Die Arbeit entstand unter wissenschaftlicher Beratung von Dr. Walter Grab, Tel Aviv.

Die Redaktion

Notwendige Vorbemerkungen

„Am Wirken von Abs ... wird exemplarisch sichtbar, um welche Ziele es der deutschen Großindustrie ging und geht." Und: „Dieser Großbankier ... ist heute der einflußreichste Mann der westdeutschen Wirtschaft."

Beide Feststellungen können als das Fazit betrachtet werden, das Eberhard Czichon aus der bemerkenswert faktenreichen Untersuchung über Abs gezogen hat.

Zum letzten Satz sei an eine Parallele erinnert. Der amerikanische Sozialist Victor Perlo charakterisierte den Machtbereich Nelson Rockefellers zur Zeit der Eisenhower-Ära wie folgt: „Wir haben es hier mit der höchsten Stufe von C. Wright Mills' Menschentyp zu tun, der ‚Entscheidungen trifft', der als einfacher Mensch infolge des Familienvermögens in einen ‚Supermenschen' verwandelt wird, der ermächtigt ist, über einen faktisch unbegrenzten Komplex wirtschaftlicher und politischer Fragen zu entscheiden, die das Schicksal von Hunderten Millionen Menschen beeinflussen" [1]). Perlo schildert im Anschluß daran, wie es zum Rücktritt Rockefellers aus der Regierung kam und bemerkt: „Da es Rockefeller nicht gelang, seine Vorschläge ... zur Ankurbelung des kalten Krieges auf dem Gebiet der Wirtschaft durchzusetzen, nachdem die Genfer Konferenz eine

1) Victor Perlo, Das Reich der Hochfinanz, Berlin 1960, S. 385

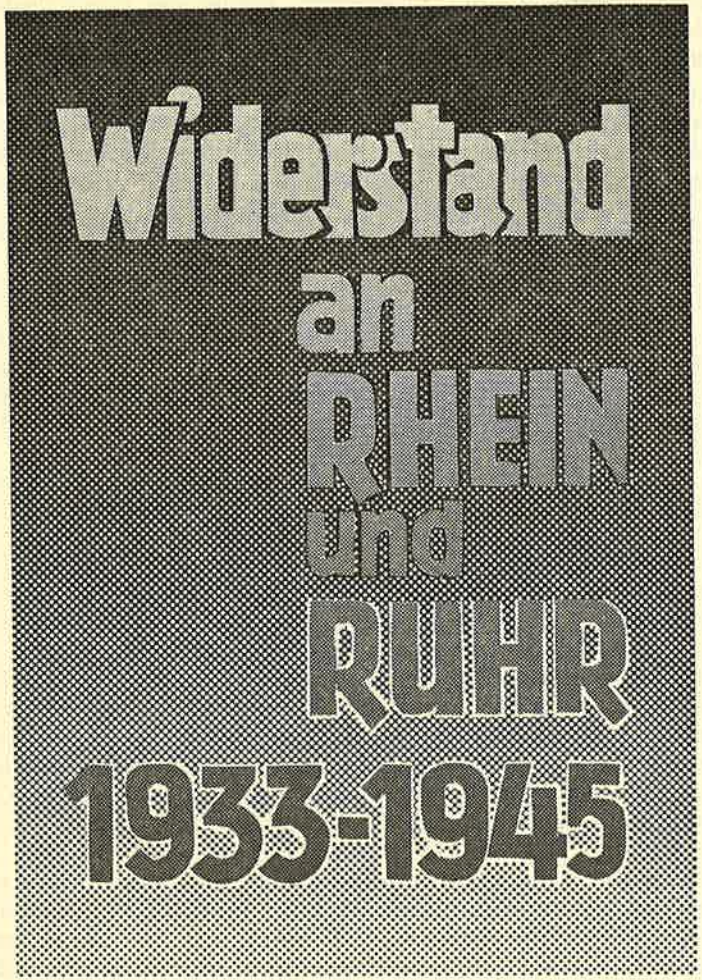
gewisse Entspannung gebracht hatte, schied er aus der Regierung Eisenhower aus. Wenn auch dieser Rücktritt eine Art persönlichen Protestes gewesen sein mag, so hatte doch seine Gruppe nicht die Absicht, diese Schlüsselstellung in der Regierung, die Rockefeller bekleidete, anderen zu überlassen. Rockefeller wurde deshalb durch W. H. Jackson, einen anderen Vertreter mit denselben Ansichten . . . ersetzt" [2]).

Rockefeller wurde also „ersetzt" — und konnte es auch werden trotz seiner Hyperposition, ohne daß seine Interessengruppe — nach Perlo die überragendste der USA — gegenüber anderen zurückgedrängt wurde.

Die Frage ergibt sich natürlich, was aus dem hiesigen Entscheidungszentrum um Abs werden würde, wenn er seine wichtigsten Funktionen nicht mehr ausübte, wenn er beispielsweise die Pensionsgrenze erreicht hat. Bei einiger Kenntnis der internen Wirkungsweise des organisierten Kapitalismus im nationalen Rahmen der Bundesrepublik fällt die Antwort nicht schwer: auch Abs ist jederzeit auswechselbar, ohne daß Inhalt und Form des Systems eine nachhaltige Veränderung in Richtung auf eine Schwächung durchliefen. Es liegt ja im Wesen des organisierten Monopolkapitalismus, die mehr oder weniger unkoordinierten Entscheidungen einzelner Unternehmerfürsten und Finanzmagnaten ausgeschaltet zu haben, da ansonsten die Anarchie offen ausgetragener Konkurrenzkämpfe das ganze Gefüge zur Auflösung gedrängt hätte. Der Kapitalismus unterwarf sich demnach einem Vergesellschaftungsprozeß, der natürlich nur im Bereich und nach den Erfordernissen der eigenen Klasse in Gang gesetzt wurde. Herausragende Momente dieses Vorgangs in der Bundesrepublik sind: Einengung der Entscheidungsbefugnis des Einzelunternehmens auf vorwiegend technische Fragen des Betriebsablaufs bei gleichzeitiger Übertragung der wirtschaftlich wichtigen Entscheidungen auf eine überbetriebliche Ebene. Diese wird durch eine durchgängige Kartellorganisation markiert, in deren Abteilungen die Konkurrenz einer Regulierung unterliegt, der sich im übrigen kein Unternehmer entziehen kann, ohne nachteilige Folgen erleiden zu müssen. Preise und Kosten stellen somit nicht mehr Faktoren dar, die durch das Marktgeschehen, durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Das überzeugendste Beispiel für diesen Verlust unternehmerischer Eigenständigkeit bilden die Stahlkontore und die Bergbau-Einheitsgesellschaft sowie die Zusammenfassung der Werften.

Darüber hinaus erfolgt die Übertragung all jener Entscheidungen, die den Kapitalsektor des Unternehmens umgreifen, auf die Unternehmerverbände. Ihr branchenmäßiger Aufbau gleicht dem einer Pyramide. Die Spitze bildet der Bundesverband der Deutschen Industrie. Er stellt insofern das Gravitationszentrum des gesamten Wirtschaftslebens dar, als sein Aufbau mit dem der Bundesregierung synchronisiert wurde, um die Einheit ökonomischer wie politischer Maßnahmen stets zu gewährleisten. Die unter dem Bundesverband bestehende Verbandsstruktur — sie wird durch Hunderte von Einzelverbänden repräsentiert — ist auf ähnliche Aufgaben zugeschnitten: Einflußnahme auf die Parlamente, Parteien, Länderbürokratien, konkret ausgedrückt: Verkoppelung des politischen mit dem wirtschaftlichen Sektor. Im Mittelpunkt steht dabei die Abstimmung der Kapitalpolitik und der Steuer- und Finanzgesetzgebung, um einen recht großen

[2]) ders., a.a.O., S. 386



Dokumentarische Belege, Kurzberichte, Gesellschaftskritische Geschichtsdarstellungen über den Widerstand gegen NS-Herrschaft und Hitlerkrieg

200 Seiten und 16 Seiten Illustrationen

Ladenverkaufspreis DM 10,–

Zusammengestellt und kommentiert von Karl Schabrod, Vorsitzender der Landesgeschichts-Kommission. Bestellung an Landesvorstand der VVN Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf, Kirchfeldstraße 149.

Selbstfinanzierungsspielraum zu erreichen. Um die dafür erforderliche Profithöhe zu stabilisieren und sogar noch zu steigern, erfolgt die Einschaltung der allgemeinen Wirtschaftspolitik, aktuell durch die „Konzertierte Aktion", d. h. die globale Festlegung einer zu diesem Zweck notwendigen Lohnhöhe.

Die politische Absicherung des monopolistischen Gefüges ist zudem Gegenstand der Kooperation formal getrennter Sphären: beispielsweise erfolgte die Planung und Durchsetzung der Notstandsgesetze im engen Kontakt zum Bundesverband der Deutschen Industrie, wie seinen Publikationen unschwer zu entnehmen ist.

Es ist klar, daß in solchen Apparaten die Bedeutung des einzelnen zurückgehen muß. Sie gewinnen, soziologisch gesehen, ein Eigenleben, das Züge kurz- bis mittelfristiger Planung trägt. Auch wird deutlich, in welchem Maße dadurch das Gewicht unternehmerischer Organe, vor allem des Aufsichtsrats schwindet, mithin insbesondere das der „klassischen" Position eines Aufsichtsratsvorsitzenden. Sie wird praktisch auf eine Vertretung des Vorstandswillens nach außen, mittelbar auf den des Verbandes reduziert. Die ehemals konzipierte Kontrollfunktion ist erloschen, wie es jüngst der Fall des Rheinstahlkonzerns anschaulich demonstrierte.

Steht somit im organisierten Kapitalismus das auf Wagnis, Intuition oder Raffinesse gestützte Handeln des individuellen Unternehmers, des Generaldirektors oder eines mit Funktionen überhäuften Großmanagers vom Schlage Abs' nicht mehr im Vordergrund, so ist dafür die überindividuelle Rolle der allgemeinen Ideologie zu beachten. Seitdem die chaotische Konkurrenz der einzelnen und Gruppen „harmonisiert" wurde, in der Zeit des Nationalsozialismus zunächst mit Zwang, unter der Ägide der westlichen Besatzungsmächte allerdings aus Einsicht, sind auch konkurrierende bürgerliche Ideologien überflüssig geworden. Heute existiert ein einheitliches Rechtfertigungskonzept, zusammengehalten durch den Antikommunismus, das nach innen als Formierungs-, Ordnungs-, Gemeinschafts- oder Integrationsgedanke — je nach dem Stellenwert im Gefüge der alles umgreifenden Ideologie auftretend — praktische Gestalt als bewußtseinsformende Kraft annimmt. Das Resultat sind „Große Koalitionen", „konzertierte Aktionen", „Partnerschaften von Kapital und Arbeit" u. ä.

Ihr Vorhandensein gibt schließlich Antwort darauf, wie es um die Arbeiterklasse bewußtseinsmäßig und organisatorisch bestellt sein muß, die einen derart einflußreichen Organisator des Monopolkapitalismus, wie es Abs ist, ungehindert seine Politik betreiben läßt. Notabene steht Abs hier stellvertretend für alle anderen, die mit gleichen Funktionen betraut sind, und selbstverständlich auch für die Eigentümerdynastien, allen voran die von Flick, Quandt, Oetker.

Daß Abs exemplarisch für die „Ziele der deutschen Großindustrie" eingeschätzt werden soll, ist nur ein geringer Teil der Wahrheit. Aus seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner Situation heraus kann der organisierte deutsche Kapitalismus einfach keine anderen Ziele haben, und wer sie nicht mit innerer Überzeugung vertritt, kann demnach nicht sein Werkzeug sein. Nein, exemplarisch ist der Aufstieg und die politische Reichweite des Bankiers vornehmlich für die desperate Lage der westdeutschen Arbeiterklasse; denn hätte sie ein ihrer Lage entsprechendes Bewußtsein, so wäre auch Abs nicht einer der bevorzugten Kandidaten der „Arbeitnehmervertreter" in den Aufsichtsräten größerer Konzerne, sobald es um die Wahl ihrer Vorsitzenden geht.

Gerhard Bessau

Während im Osten Deutschlands, der damaligen SBZ, entsprechend den alliierten Vereinbarungen die Großagrarier [502]) und Großindustriellen [503]) entmachtet wurden, ging Adenauer in den westlichen Besatzungszonen entschlossen daran, alle Voraussetzungen zu schaffen, um das industriell-politische Machtkartell von 1944 wieder zu rekonstruieren.

Die entscheidende Voraussetzung der Konzeption zur Spaltung Deutschlands und der Rekonstruktion der großindustriellen Machtomnipotenz war die ökonomische Separierung der Westzonen durch die Währungsreform, die in Übereinstimmung mit den anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden von einer „Sonderstelle für Geld und Kredit" unter der Leitung von Ludwig Erhard [504]) und unter Mitarbeit von Abs, Blessing und Pferdmenges vorbereitet wurde.[505]) Der im Sommer 1948 unter dem Schutz der Militärregierungen durchgeführten Währungsreform lag auch nicht einmal der Schein einer demokratischen Legitimation zugrunde. Das hinderte Abs nicht daran, auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU in Bonn im Januar 1967 nochmals und mit Nachdruck die großen Verdientse hervorzuheben, die sich Erhard um die Vorbereitung und Durchsetzung dieser Währungsreform erworben habe.[506]) Nach dieser Währungsseparierung flossen in den folgenden Jahren der deutschen Industrie über das amerikanische Hilfsprogramm, das der US-Außenminister Marshall nach der Moskauer Außenminister-Konferenz gefordert hatte [507]), Milliarden-Dollar-Kredite zu, um ihr einen neuen Investitionsstart zu ermöglichen. An der Spitze jener Gruppe von Industriellen und Bankiers, die diesen Kreditstrom lenkten, standen Abs, Blessing und Erhard. Sie gründeten am 29. 3. 1949 eine „Kreditanstalt für Wiederaufbau AG" [508]), um diese „Kredite zur Förderung des Wiederaufbaus und der Ertragsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft an Betriebe kleineren und mittleren Umfangs" zu gewähren.[509]) Doch jene „besonders zu berücksichtigenden Betriebe" erhielten nur 23,8 Prozent der aus der Kreditanstalt fließenden Summen der Marshall-Plan-Gelder, während an die Großunternehmen über 70 Prozent gelangten.[510]) Diese Kredit- und Investitionspolitik zugunsten der Konzerne des Oligopols wurde vom Aufsichtsrat der Kreditanstalt geleitet, in dem Otto Schniewind [511]) Vorsitzer und Abs sein Stellvertreter war. Auch die anderen Mitglieder dieses Gremiums waren vorwiegend Vertreter der Großkonzerne oder deren politische Vertrauensleute, wie: Franz Blücher, Walter Tron (Süddeutsche Bank), Karl Blessing (Margarine

502) „Deutsche Volkszeitung", Berlin, 3. 8., 7. 8., 11. 8., 21. 8., 28. 8., 29. 8. und 30. 8. 1945, Schreiben und Entschließungen mit den Forderungen nach einer Bodenreform; dazu: Staatsarchiv Potsdam, Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Mappe: Anordnungen über die Bodenreform; zum Widerstand gegen die Bodenreform: Archiv des Verbindungsbüros des Demokratischen Blocks, Mappe V; sowie: HACDU Nr. 77 Krise der CDU 1945/1946; dieser Widerstand wurde vor allem von großbürgerlicher Seite geleistet.

503) Staatsarchiv Dresden, Büro des Ministerpräsidenten Nr. 1/4717 a, Entwurf einer Verordnung über ein Volksbegehren und ein Volksentscheid vom 23. 5. 1946, Ergebnisse des Volksentscheides vom 30. 6. 1946 und der Beschluß des Präsidiums der Landesverwaltung vom 2. 8. 1946; hierzu: Werner Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958; Stefan Doernberg, Aus der Geschichte des Kampfes um die ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals im Osten Deutschlands (1945—46), in: ZfG, Heft 3/1959, S. 494 ff.

504) Dieter Mühle, Ludwig Erhard, Eine Biographie, Berlin 1965; J. M. Lukomski, Ludwig Erhard, Der Mensch und Politiker, Düsseldorf-Wien 1965; Michael C. Karo, Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln-Berlin 1965.

505) Lucius D. Clay, Es begann in Deutschland, Frankfurt/Main 1950, S. 240; „Die Welt" vom 19. 6. 1948; Horst Heininger, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945—1950, Berlin 1959.

506) Die Wirtschaft in der Verantwortung, Wirtschaftstag der CDU/CSU 1967, Leitsätze/Protokoll, Bonn 1967; H. J. Abs (26. 1. 1967), Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage. Referat im I. Arbeitskreis, S. 62 ff.

507) Rede von Außenminister Marshall am 5. 6. 1947, in: „Europa-Archiv", Juli—Dezember 1947; dazu: Henry Clause, Der Marshall-Plan, Berlin 1949; sowie: K. Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, S. 110 ff.

508) Handbuch der Aktiengesellschaften, 1950/1951, Berlin 1951; Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Nach Gesellschaften geordnet, 1962, Berlin 1952, S. 708.

509) K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, Herren über Geld und Wirtschaft, Wien-München-Basel 1954, S. 279/280.

510) Geschäftsberichte der Kreditanstalt für Wiederaufbau 1950—1955.

511) K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 271 ff.

Verkaufs-Union), Karl Schirner (DEA), Ludwig Erhard, Heinrich Lübke der spätere Bundespräsident [512]), Heinrich Albertz (ehemals Westberlins Regierender Bürgermeister) und schließlich der mit Abs seit der „Arisierung" der Česká banka Union (Böhmische Unionsbank) eng befreundete Hans Christoph Seebohm.[513]) Für den exekutivischen Bankvorstand war von Abs ein Herbert Martini vorgeschlagen worden, der von 1938 bis 1945 im Reichswirtschaftsministerium eng mit ihm zusammengearbeitet hatte. Auch das zweite Vorstandsmitglied, Richard Gdynia, seit 1935 Mitarbeiter der Deutschen Bank AG als Leiter der Filiale Kattowitz, war ein alter Bekannter von Abs. Gdynia wurde vor allem dadurch im Berliner Bankvorstand populär, daß er 1941 den Gauleiter von Oberschlesien, Fritz Bracht, auf einer Sitzung des Oberschlesischen Beirats der Deutschen Bank AG sprechen ließ, um die „propagandistische Wirkung für die Deutsche Bank in der Öffentlichkeit zu erhöhen".[514])

Nachdem der linke Flügel der CDU durch Adenauer ausgeschaltet und die separate Währungsreform durchgeführt worden war, erfolgte parallel zum Kreditimport aus den USA als dritter Schritt auf dem Wege der Rekonstruktion der Macht des Oligopols die Installierung der Erhard'schen „sozialen Marktwirtschaft".[515]) Sie war nichts anderes, als die Verwirklichung der von Müller-Armack [516]) neubearbeiteten und modifizierten neoliberalen Wirtschaftstheorie [517]) von Eucken [518]), Rüstow [519] und Röpke [520]). In der labilen Situation, in der sich in jenen Jahren noch immer die deutsche Großindustrie befand, bildete jener Neoliberalismus ein wichtiges Gegengewicht zu allen Sozialisierungsbestrebungen der Gewerkschaften. Die Thesen der „sozialen Marktwirtschaft" wurden daher auch von Abs lebhaft begrüßt [521]), denn mit ihr wurde auf der Grundlage des privatkapitalistischen Eigentums die „freie Konkurrenz" als Stimulans weiterer Konzentrationsbestrebungen gesichert.[522]) So waren vom großindustriellen Oligopol mit der Unterstützung einflußreicher Kreise der englischen und amerikanischen Großindustrie hinter dem Rücken der deutschen Bevölkerung und entgegen ihrem demokratischen Willen Prämissen geschaffen worden, über die auch die Wahlen vom 14. 8. 1949 in den Westzonen nicht mehr hinwegtäuschen konnten.

512) Heinrich Lübke — Präsident der Deutschen? Textwiedergabe der Lübke-Dokumente, Bd. 1 Karlsruhe 1967.
513) ADB Nr. 5961 Bd. 8 Generalsekretariat; Abs, Aufsichtsrat und Beirat; Abs betreute 1938 den Süddeutschen Beirat der Deutschen Bank AG, mit dem H. Ch. Seebohm besonders bei der „Arisierung" der Filialen der Česká Banka Union zusammenarbeitete; Seebohms diesbezügliche Vergangenheit geriet in der BRD in „Vergessenheit"; vgl. die Nachrufe bei seinem Tod; in: „Deutsches Monatsblatt" Nr. 10/1967.
514) ADB Nr. 5961 Bd. 32 Generalsekretariat; Kiehl, Schriftwechsel, Korrespondenz zwischen Kiehl und Gdynia vom Juni und Juli 1941; vgl.: Kattowitzer Zeitung vom 29. 6. 1941, Rede von Franz Bracht, Gauamtsleiter und Oberpräsident.
515) Ludwig Erhard, Fünf Jahre soziale Marktwirtschaft, Bonn 1953; Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953; Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957; Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf-Wien-Frankfurt/M. 1962.
516) „Die Andere Zeitung" vom 22. 7. 1967; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 23. 5. 1959 und: „Industriekurier" vom 28. 6. 1966, sowie: „Die Welt" vom 27. 6. 1966.
517) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1948.
518) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959.
519) Hans Joachim Rüstow, Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft, Tübingen 1951.
520) Wilhelm Röpke (Institute Universitaire de Hautes Etudes Internationales) nahm auf Erhards „sozialer Marktwirtschaft" wohl den größten Einfluß („Berliner Morgenpost" 11. 10. 1964); W. Röpke, Wirtschaftliche und soziale Ordnung als Aufgabe der freien Welt, Münster 1952; Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M. 1955; Ein Jahrzehnt sozialer Marktwirtschaft in Deutschland und seine Lehren Köln 1958; Fronten der Freiheit, Eine Auslese aus dem Gesamtwerk, Herausgg. Hans Otto Wesemann, Stuttgart 1955; hierzu die Kritik von Anton Rheitinger, Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand, Frankfurt/M. 1958.
521) H. J. Abs, Rede vor dem Vorstand der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustriellen des Saargebietes, „Industriekurier" vom 15. 12. 1962.
522) Zur stimulierenden Funktion der Konkurrenz für die Akkumulation und Konzentration: Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Rohentwurf, Berlin 1953, S. 544 f., K. Marx, Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1947, S. 331.

Die daraufhin erfolgende Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland am 7. 9. 1949 [523]) bildete den Abschluß dieser Entwicklung zur Wiedererlangung des staatlichen Machtapparates durch die alten industriellen Machtträger. Dieser deutsche Separatstaat proklamierte jedoch zugleich seinen Anspruch auf ganz Deutschland und beanspruchte damit Souveränitäts- und Hoheitsrechte für ein Gebiet, auf das seine Träger ihrer restaurativen Ziele willen zunächst freiwillig verzichtet hatten. Die Aufrechterhaltung dieses Anspruches bestimmte maßgeblich die gesamte westdeutsche Nachkriegspolitik.[524]) Sie fand in der Hallstein-Doktrin und dem sich aus ihr ergebenden Alleinvertretungsanspruch ihren prägnantesten Ausdruck.[525]) Obwohl sich in den folgenden Jahren die Bundesrepublik als ein „sozialer Wohlfahrtsstaat" demokratiegerechter Prägung zu präsentieren suchte, kam sie doch innenpolitisch über eine autoritäre Kanzlerdemokratie [526]) mit einem immer sichtbarer werdenden Trend zum industriell-politischen Machtkartell nie hinaus. Auch außenpolitisch hat sie bis auf den heutigen Tag ihre latente expansive Haltung gegenüber den west- und osteuropäischen Staaten nie aufgegeben, insbesondere nicht gegenüber jenem Teil Deutschlands, der sich nach der Konstituierung der Bundesrepublik und der damit erfolgten Spaltung Deutschlands als ein antifaschistischer und entmonopolisierter zweiter deutscher Teilstaat etabliert hatte.[527])

In der Bundesrepublik setzten in den nächsten Jahren Adenauer, Abs und Pferdmenges über die CDU und deren Bundestagsfraktion, die immer stärker zur politischen Repräsentanz der deutschen Großindustrie wurde [528]), die Konsolidierung der staatlichen Macht des Oligopols fort. Sie hielten sich auch politisch von Anfang an innerhalb des imperialen Denkmodells der großindustriellen Tradition.

Hermann Josef Abs und die anderen Exponenten der Großindustrie, die als „Fachberater" in den Finanz- und Wirtschaftsverwaltungen und Kontrollbüros der Militärregierungen saßen, bemühten sich nunmehr von ihren Positionen aus, gegenüber dem raschen Eindringen amerikanischen Kapitals eine eigene neue monopole Führungsgruppe zu bilden. Gemeinsam mit Gustav Brecht, Helmuth Wohlthat und Alexander Menne gehörte Abs zu den deutschen Vertretern in der TRIFCOG (Tripartie Farben Control Group) [529]). Wie es ihnen in dieser Position gelang, die Chemie-Konzerne zu rekonstruieren, so konnte auch Heinrich Kost [530]) als Leiter der Coal Control Group die Großunternehmen des Kohlenbergbaus, und Heinrich Dinkelbach [531]) als Leiter der Treuhandverwaltung der North Iron and

523) Hierzu: Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1964; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Stuttgart 1965.
524) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sitzung vom 21. 10. 1949, K. Adenauer: „Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt für das deutsche Volk zu sprechen"; hierzu: Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 1. 10. 1949, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1 Berlin 1957, S. 229—235; sowie: Deutscher Bundestag, Sitzung vom 13. 12. 1966, Regierungserklärung des Kanzlers K. G. Kiesinger.
525) Vierter Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates beim Ministerium für gesamtdeutsche Fragen (1961—1965), Bonn 1965 (Grauer Plan); er enthält detaillierte Vorschläge zur Eingliederung der sozialistischen Wirtschaft der DDR in das Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik.
526) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, Eine Bilanz, München 1963 (zitiert nach der Kindler-Taschenbuch-Ausgabe); dazu: Hans Copic, Rechtsstaat und Sozialstaat, in: „Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik", Heft 4/1966, S. 16—19.
527) Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959; dazu: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. 1 Berlin 1954, S. 11 ff.
528) R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 86—87.
529) K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 33—34.
530) K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 55 ff.
531) Ebenda, S. 162 ff.; dazu: „National-Zeitung" vom 13. 5. 1949.

Steel Control den Eisen- und Stahlsektor — vor allem aber die Vereinigten Stahlwerke AG [532]) — auf eine Weise „entflechten" [533]), daß sie alle zusammen wieder einen verzahnten und geschlossenen Montan-Chemie-Block innerhalb des Oligopols bildeten, der auch personell verflochten blieb. So wurden Abs und Kost Mitglieder des Aufsichtsrates der Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie [534]), der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch AG [535]) und des Verwaltungsrates der Walther & Cie GmbH in Köln.[536]) Während Dinkelbach mit der „Entflechtung" der Vereinigten Stahlwerke AG den Klöckner-, Mannesmann-, Hoesch- und Otto-Wolff-Konzern sanierte, zog Abs entweder persönlich in die Kontrollorgane dieser Gesellschaften ein, wie bei der Dortmund-Hoerder-Hüttenunion AG [537]), der Gelsenkirchener Bergwerks AG [538]) und der Klöckner-Humboldt-Deutz AG [539]), oder seine Kollegen aus dem ehemaligen Bankvorstand und die Mitarbeiter seines Vorstandsbüros nahmen in ihnen Platz. Clemens Plassmann ging zu Dyckerhoff und Demag, Erich Bechtolf zu den Hoesch-Werken, Oswald Roesler zu Mannesmann und Franz Heinrich Ulrich — der langjährige persönliche Referent von Abs — zu Otto Wolff und der Deutschen Erdoel AG; Konrad Ende übernahm den Salzgitter-Konzern, der aus den ehemaligen Reichswerken AG ‚Hermann Göring' und der VIAG [540]) gebildet wurde, und Fritz Gröning drang schließlich in die Farbwerke Hoechst ein, deren Vorstandsvorsitzer Alexander Menne wurde.[541]) Abs erreichte darüber hinaus auch Einfluß auf die Kontrollorgane jener Großbetriebe, die im Einzugsbereich der eng mit der Adenauer-Familie liierten Wilhelm Werhahn OHG in Neuß [542]) lagen. Gemeinsam mit Pferdmenges saß er deshalb nicht nur in den Aufsichtsräten der Klöckner-Humboldt-Deutz AG und der Gelsenkirchner Bergwerks AG, sondern seine Mitarbeiter saßen auch in bedeutsamen Aufsichtsratspositionen bei der Maschinenfabrik Buckau R. Wolf (Rösler), der Strabag Bau AG (Rath) und der Heinrich Lanz AG (Frank) [543]), auf die Werhahn und Pferdmenges einen maßgeblichen Einfluß besaßen.[544]) Im Hoesch-Konzern wurde der Schwiegersohn Adenauers — Hermann Josef Werhahn — leitendes Vorstandsmitglied.[545]) Die Söhne Adenauers, Max und Konrad, zogen

532) ADB Nr. 4711 Vereinigte Stahlwerke AG Bd. 4 Generalsekretariat; Kimmich, Allgemein, 1933—1939; dazu: K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 131 ff.
533) Die „Entflechtung" sollte nach der Direktive JCS 1067 des Präsidenten der USA an die amerikanische Militärbehörde in Deutschland vom 5. 7. 1945 erfolgen (vgl. Wortlaut bei R. Sasuly a.a.O., S. 276—307), sie stand in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen (FN 409).
534) Adreßbuch, Gesellschaften 1952, S. 57; K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 59.
535) Geschäftsberichte der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch AG, Geselkirchen 1952 ff.
536) Bericht des Verwaltungsrates der Walther & Cie GmbH, Köln 1953 ff.; dazu: Adreßbuch, Personen 1952; aber auch: Leitende Männer der Wirtschaft, Heppenheim 1951, S. 1.
537) Geschäftsbericht der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, Dortmund 1952.
538) Geschäftsbericht der Gelsenkirchner Bergwerks AG, Gelsenkirchen 1952 ff.; Handbuch der Aktiengesellschaften 1958/1959, S. 3661.
539) Adreßbuch, Gesellschaften 1952; dazu: K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 89 ff., sowie: Geschäftsberichte der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln-Deutz.
540) Hierzu: Lutz Maier/Ladislav Ivanek, Unternehmer Staat, Zur Rolle der Staatskonzerne in Westdeutschland, Berlin 1962, S. 86 ff.
541) Adreßbuch, Personen 1952; K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 107 ff.; dazu: Leitende Männer der Wirtschaft 1967.
542) K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 212 ff.
543) Geschäftsbericht der Heinrich Lanz AG, Mannheim 1952 ff.
544) K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 232.
545) Geschäftsbericht der Hoesch Werke AG, Dortmund 1952; K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 143; K. Pritzkoleit, Männer/Mächte/Monopole, S. 40.
546) Leitende Männer 1957: Konrad jun. und Max Adenauer gehören wichtigen Großunternehmen an: Konrad ist Mitglied des Aufsichtsrates der Rheinischen Braunkohlenwerke AG, der Vereinigten Elektrizitätswerke AG; Max gehört zu den Aufsichtsräten der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank AG (ihr gehörten lange Zeit R. Bürgers, Pferdmenges und Abs an). Im Aufsichtsrat der Deutschen Lufthansa AG saß im Auftrage von Abs das ehemalige Mitglied der NSDAP Kurt Weigelt, langjähriger Mitarbeiter von Abs und eng mit H. Göring befreundet (ADB Nr. A 26 Bd. 5). 1960 schied Weigelt aus dem Aufsichtsrat aus und Abs übernahm seine Funktion; vgl.: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. 12. 1960; „Handelsblatt" vom 13. 12. 1960.

gemeinsam mit Abs in die Aufsichtsräte der Deutschen Lufthansa AG [546]), der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG [547]) und der Rheinischen AG für Braunkohlen- und Brikettfabrikation ein.[548])

Die neue finanzmonopolistische Gruppierung konzentrierte sich nach 1952 immer sichtbarer um die dezentralisierten Nachfolgeinstitutionen der Deutschen Bank AG [549]): die Rheinisch-Westfälische Bank AG Düsseldorf (Gröning/Plassmann/Pollems/Rössler, ab 17. 4. 1956 Deutsche Bank AG West), die Süddeutsche Bank AG München (Abs/Frowein/Feith/Ulrich) und die Norddeutsche Bank AG Hamburg (Bechtolf/Klasen), die nach dem Großbankengesetz vom 29. 3. 1952 gebildet wurden.[550]) In dieser Gruppierung gewann Abs in den folgenden Jahren immer eindeutiger eine Schlüsselposition als primus inter pares und wuchs damit schrittweise zum Repräsentanten dieses Chemie-Montan-Blockes heran, zu dem vor allem folgende Großkonzerne zu zählen sind: die Badische Anilin- und Sodafabrik AG, die Farbwerke Bayer AG, die Salzgitter AG, die Hoesch AG und Robert Bosch GmbH, die Gruppen Klöckner, Mannesmann, Metallgesellschaft-Degussa, Solvay, AEG-Telefunken-Osram, Stumm und Stinnes, sowie Karstadt-Kaufhof, Dyckerhoff-Portland, Wintershall-Salzdetfurth, Siemens und Demag, sowie die Großkonzerne Brown Boverie & Cie, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG, Henkel & Co, Friedrich Flick KG, Glanzstoff AG, Deutsche Erdoel AG, Otto Wolff AG und Zeiss-Oberkochen. Doch nicht allein mit seiner gewaltigen ökonomischen Macht sicherte sich der Großbankier seine Prioritätsstellung, sondern auch durch seinen vorzüglichen Konnex zu den relevanten Vertretern der staatlichen Exekutive und durch den bedeutenden Einfluß, den er über Personaldelegierungen sowohl auf die Präsidien der Unternehmerverbände als auch auf die CDU-Bundestagsfraktion selbst nehmen konnte. Abs war ein regelmäßiger Besucher bei Adenauer. Gemeinsam mit Pferdmenges und Blessing nahm er auch — obgleich niemals Kabinettsmitglied — an entscheidenden Sitzungen des Bundeskabinetts teil.[551]) Aus den Konzernen, denen Abs als Vorsitzer des Aufsichtsrates vorstand, kamen nach ersten vorsichtigen Untersuchungen in der I. Wahlperiode 9 und in der II. und III. Wahlperiode des Deutschen Bundestages jeweils 19 CDU-Bundestagsabgeordnete.[552]) Berg, Sohl, Freudenberg und Siemens — eng mit den dezentralisierten Nachfolgeinstitutionen der Deutschen Bank AG liiert — saßen im Präsidium des Bundesverbandes der Industrie, Franz Heinrich Ulrich im Präsidium des Bundesverbandes für das private Bankgewerbe.[553]) Auch der Waage-Verein, der lange Jahre hindurch ein wichtiger Finanzorganisator der CDU blieb, war im wesentlichen von Konzernvertretern besetzt, die engste geschäftliche Beziehungen zur Gruppierung der Deutschen Bank besaßen, wie: Franz Jacob/Farbwerke Bayer AG, Franz Greiss/Glanzstoff AG, Max Schmidt/Zellstoff Waldhof und Fritz Burgbacher/Rheinische Energie AG.[554])

547) Adreßbuch, Gesellschaften 1953 ff.
548) Leitende Männer der Wirtschaft, Dortmund 1967, S. 4; Konrad Adenauer jun. ist gegenwärtig Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU; Max Adenauer sitzt im Verwaltungsrat der Bundesbahn, dem Abs vorsitzt; vgl.: Die Bundesrepublik Deutschland 1966, Köln-Berlin-Bonn-München 1966, S. 280—281.
549) Handbuch 1958/1959, S. 6297 ff.; Handbuch 1966/1967, S. 6899 ff.
550) K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 114.
551) „Der Spiegel" Nr. 1/1955, und Nr. 18 vom 24. 4. 1967, S. 73.
552) H. Bertsch, Wer sitzt im Bonner Bundestag? Berlin 1962; hierzu: H. Bertsch, CDU/CSU demaskiert, S. 678 ff.
553) Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft, Darmstadt 1967; wenn auch diese Personalunionen nicht immer primär relevant sind, so sind die Personaldelegierungen aus den einzelnen Konzernen in die Leitungsgremien der Unternehmerverbände sehr aufschlußreich.
554) H. Bertsch, CDU/CSU demaskiert, S. 670—671.

Neben dem monopolistischen Chemie- und Montan-Block hatte sich jedoch im Oligopol, wie man schematisierend sagen kann, eine zweite finanzmonopolistische Gruppierung konsolidiert, die vor allem eng mit dem USA-Kapital liiert war. Sie formierte sich als Fertigwaren- und Exportindustrie-Gruppierung, zu der auch große Unternehmen der Automobilproduktion und der modernen elektronischen Industrie gehörten. Sie gruppierten sich weitgehend um die Dresdner Bank AG und die Commerzbank AG.[555]) Die Farbwerke Hoechst AG, die International Business Maschines Corp., die deutschen Unternehmen der General Motors Corp., der Ford Motor Co., Standard Oil Co., General Electric Co., Royal/Dutch/Shell, British Petroleum Ltd, sowie FIAT, das Volkswagenwerk, der Borgward-, Philipps- und Grundig-Konzern, Haniel, MAN und NSU, die deutschen Nickelwerke AG, Fahlberg List AG, die Th. Goldschmidt AG, Krupp, Thyssen und der Investment-Trust und schließlich auch die deutsche Unilever-Gruppe[556]), von einer breiten, weniger monopolisierten Zulieferer-Schicht umgeben, dominierten in der westdeutschen Warenexport-Offensive und investierten noch immer mit Kapitalimporten aus den USA, während die Konzerne der Chemie-Montan-Gruppierung zumeist bereits zu der von Abs entwickelten „Selbstfinanzierung"[557]) übergegangen waren. Die Großunternehmen des Fertigwaren- und Exportindustrie-Blockes unterstützten am entschiedendsten den Neoliberalismus Erhards[558]) und seine Anti-Kartell-Offensive[559]), damit Maßnahmen, die sich gegen den Prioritätsanspruch der finanzmonopolistischen Chemie- und Montan-Industrie-Gruppierung im Oligopol richteten. Auch sie verfügten über entscheidende Funktionen in den legislativen und exekutiven Staatsorganen. Mit Erhard hatten sie einen wichtigen Vertreter im Kabinett. Ihre Personaldelegierungen in die CDU- und FDP-Bundestagsfraktion, sowie in die leitenden Gremien der entsprechenden Bundesverbände der Industrie sicherten ihnen im oligopolen Konkurrenzkampf mit dem Rivalen wesentliche Ausgangspositionen. Vor allem die Industrie- und Handelskammern waren von Streitern der Export- und Fertigwaren-Industrie besetzt.

Als die großindustriellen Kreise in den USA, in England und Frankreich eine Remilitarisierung der Bundesrepublik projektierten[560]), strebten sie eine Integration der rekonstruierten bundesdeutschen Wirtschaftsmacht an, um sich so gewisse Kontrollmöglichkeiten zu erhalten. Damit kamen sie aber der von Abs, Blessing[561]), Rhodewald, Reithinger, Ilgner[562]) und auch Predöhl im Herbst 1944 ausgearbeiteten Strategie einer eventuellen „Friedensregelung" weit entgegen, die im Auftrage der IG Farbenindustrie AG damals Richard Riedl als

555) In der Herausbildung finanzmonopolistischer Gruppen vollzog sich die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, wobei die Rivalität zwischen den finanzmonopolistischen Gruppierungen durch das Konkurrenz-Gesetz bestimmt wird.

556) Die hier genannten Konzerne können vorerst nur zur Charakterisierung der Tendenz dienen. Eine detaillierte Untersuchung zur Struktur der einzelnen Gruppen steht noch aus.

557) Zur Bedeutung der Selbstfinanzierung als regulierende Investitionspolitik: Lutz Maier/Otto Reinhold u. a., Imperialismus heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965, S. 348 ff.; für Abs gehörte diese Thematik zum Repertoire seiner Forderungen: „Deutsche Zeitung" vom 9. 5. 1963, „Stuttgarter Zeitung" vom 26. 11. 1964, „Die Zeit" vom 19. 2. 1965 und „Industriekurier" vom 6. 7. 1965.

558) „Der Spiegel" vom 18. 10. 1963 und 3. 11. 1965.

559) D. Mühle, L. Erhard, S. 111 ff.

560) Hierzu: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Sonderheft Mai 1962; Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 31967; sowie: Heinrich von Siegler, Dokumentation der europäischen Integration, Bd. 1 1945—1961, Bonn-Wien-Zürich 1961.

561) Zur Biographie vgl. E. Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker, Teil II, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1967, S. 910.

562) Ebenda, S. 911 ff.

563) ADB Nr. A 1 Bd. 5, Schreiben von Philipp Schoeller (Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG Wien) an Abs vom 23. 11. 1944 mit der Denkschrift von Richard Riedl, hierzu: E. Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker, Teil II, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1967, S. 928—930.

Denkschrift vorgelegt hatte.[563]) Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß Adenauer sofort auf diese Pläne einging und bestrebt blieb, sie zu fördern und zu verwirklichen[564]), um eine „europäische Wirtschaftsgemeinschaft" als Vorstufe eines politisch geeinten Europas zu erreichen. Wenn auch die deutsche Großindustrie in diesem Anfangsstadium der Gemeinschaft bescheiden auftrat und zunächst „nur" als gleichberechtigter Partner anerkannt werden wollte, strebte sie jedoch von vornherein die politische Vormachtstellung an.[565]) Als Leiter der deutschen Delegation bei den Londoner Schuldenverhandlungen in den Jahren 1952/1953 hatte Abs die Voraussetzungen zum Eintritt der deutschen Großindustrie in die beabsichtigte Wirtschaftsgemeinschaft ausgehandelt.[566]) Er nahm auch als Mitglied des Schuman-Plan-Ausschusses gemeinsam mit Henle, Kost, Sohl, Gerhard Schröder (Klöckner Werke AG), Hans Reuter und M. C. Müller[567]), Franz Etzel und Fritz Berg an der Ausarbeitung der modifizierten Europa-Konzeption teil.[568]) Abs strebte danach, eine Europa-Bank zu schaffen.[569]) Sein Vorschlag, das von ihm beherrschte Bankhaus Handel-Maatschappij Albert de Bary & Co in Amsterdam über ein gemeinsames europäisches Bankkonsortium dahingehend zu verwenden[570]), scheiterte jedoch vorerst ebenso, wie der Versuch der Bildung der EVG.[571])

So hatte Abs bis 1954 zwar in Liaison mit Pferdmenges und Adenauer, doch stets im Hintergrund bleibend und die Öffentlichkeit meidend, so maßgeblich an der Gestaltung der Bundesrepublik mitgewirkt, wie kaum ein anderer deutscher Großindustrieller oder Bankier. Doch nachdem es gelungen war, nicht nur die alten industriellen Machtverhältnisse wieder zu rekonstruieren, sondern auch im neuen Oligopol die Priorität der finanzmonopolistischen Gruppierung der Chemie- und Montanindustrie zu sichern, betrat Abs auf dem 5. CDU-Bundesparteitag in Köln im Mai 1954 unmittelbar die politische Arena.[572]) In einem bemerkenswerten Referat[573]) forderte er nicht nur von der monopolen Partnergruppe der Fertigwaren- und exportintensiven Industrie Verständnis für die Europa-Politik Adenauers und Mäßigung im Warenexport, sondern er verteidigte auch die Führungsposition des Chemie-Montan-Blocks und begründete zugleich das Recht der Großindustrie, die Regierungspolitik maßgeblich zu bestimmen.[574])

564) K. Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, S. 295 ff.

565) R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 148.

566) H. J. Abs, Zeitfragen der Geld- und Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M. 1959, Rezension in „Handelsblatt" vom 23. 9. 1959; dazu: Abs Rede in Münster am 22. 7. 1951, „Die Welt" 22. 7. 1951; „Financial Times" vom 21. 11. 1951 mit der Erklärung von Abs über die Höhe der deutschen Vorkriegsschuld, dazu: „Nieuve Rotterdamse Courant" vom 23. 11. 1951; „Neue Zürcher Zeitung" vom 13. 6. 1952 und „Süddeutsche Zeitung" vom 11. 8. 1952 sowie „Industriekurier" vom 14. 8. 1952 mit der Wiedergabe der von Abs aufgeworfenen und beantworteten Fragestellung: Lohnt sich eine deutsche Kreditwürdigkeit.

567) ADB Nr. A 1 Bd. 1, M. C. Müller war seit langem mit Abs bekannt, aus geschäftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Bank und der Lokomotivfabrik Henschel & Co in Kassel.

568) H. Volle, Schumanplan und Atlantik-Pakt, in: Europa-Archiv 1950; Walter Hallstein, Der Schuman-Plan, Frankfurt 1951.

569) K. Pritzkoleit, Bosse/Banken/Börsen, S. 137.

570) „Der Tagesspiegel" vom 14. 1. 1954, Abs: Wege zum echten Kapitalmarkt; „Die Neue Zeitung" vom 3. 2. 1954 über die Londoner Westminsterkonferenz unter dem Vorsitz von Abs, sowie: „Industriekurier" vom 6. 9. 1955 mit der Wiedergabe einer Rede von Abs über internationale Währungsfragen und der Vortrag von Abs in Barcelona: gemeinsame Prinzipien für die internationale Zusammenarbeit in der EWG sind erforderlich, in: „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 24. 10. 1961.

571) K. Adenauer, Erinnerungen 1953—1955, Stuttgart 1966, S. 289 ff.

572) „Combat" vom 28. 5. 1954, „Der Tag" vom 30. 5. 1954, „Telegraf" vom 1. 6. 1954, „Le Monde" vom 1. 6. 1954, „Süddeutsche Zeitung" vom 2. 6. 1954, „Neue Zürcher Zeitung" vom 2. 6. 1954 und „la tribune des Nations" vom 4. 6. 1954 berichten ausführlich über das Auftreten von Abs auf dem CDU-Bundesparteitag.

573) 5. Bundesparteitag der CDU in Köln, Bonn 1954, Rede von H. J. Abs am 29. 5. 1954: Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt; vgl.: „Union in Deutschland" Nr. 44/45 vom 4. 6. 1954.

574) Hinein in die Parteien! Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Köln, Nr. 56/1952; R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 86 ff.; hier, wie auf den Wirtschaftstagen der CDU/CSU wird ein offenes politisches Engagement der Großindustriellen gefordert.

Diesen Machtanspruch konnte Abs im Sommer 1954 so offen proklamieren, weil sich die ökonomische und politische Macht des deutschen Monopolkapitals im wesentlichen gefestigt hatte.[575])

Nach langwierigen Verhandlungen kam es am 28. 3. 1957 in Rom zur Unterzeichnung der ersehnten EWG-Verträge.[576]) Abs begrüßte das Ergebnis. Er glaubte jedoch, schon wieder neue expansive Forderungen gegenüber den westeuropäischen Staaten erheben zu können. Scharf kritisierte er die nationalen Vorbehaltsklauseln in den römischen Verträgen.[577]) Dabei wandte er sich erstmalig auch gegen den anhaltenden Kapitalimport aus den USA, der seiner Ansicht nach die deutsche Wirtschaft „zu stark" überfremde", zumal sie auf ihn nicht mehr angewiesen sei.[578]) Nun hat tatsächlich der anhaltende Kapitalimport aus den USA die westdeutsche Volkswirtschaft weitgehend in Abhängigkeit vom US-Kapital gebracht[579]), doch dem Großbankier ging es wohl weniger um die Wahrung der volkswirtschaftlichen Interessen als darum, die auf den Kapitalimport angewiesene Partnergruppe im Oligopol durch Reduzierung des Kapitalimports zu schwächen. Er rief dafür die deutsche Großindustrie auf, ihrerseits den Kapitalexport zu intensivieren. Seiner Ansicht nach wäre eine Kapitalexporterhöhung wichtiger als der Warenexportboom.[580]) In den Jahren des Nationalsozialismus hatte Abs reiche Erfahrung sammeln können, wie man den Kapitalexport als Instrument zur Erringung einer kontinentalen Vorherrschaft handhaben mußte.[581]) Nun wollte er wiederum über eine forcierte Kapitalbildung in der Bundesrepublik diese „Waffe" einsetzen, diesmal jedoch innerhalb der EWG, um hier die Vorherrschaft der deutschen Großindustrie zu sichern, auch „wenn sich (dafür die deutsche-E.C.) Bevölkerung den Gürtel werde enger schnallen müssen"[582]), weil die Selbstfinanzierung der neuen Investitions- und Kapitalbildungspolitik von allen Opfer fordern werde.[583])

Nach dem Gesetz „zur Aufhebung der Beschränkung des Niederlassungsbereiches von Kreditinstitutionen" vom 24. 12. 1956 konnte sich im April 1957 die bisher dezentralisierten Nachfolgeinstitutionen der Deutschen Bank wieder unter ihren alten Namen „Deutsche Bank AG" zusammenschließen. Die Norddeutsche Bank und die Deutsche Bank West übertrugen ihr Vermögen per 31. 12. 1956 gemäß Aktiengesetz auf die Süddeutsche Bank AG, die mit dem Sitz in Frankfurt nunmehr die Gesamtbank repräsentierte.[584]) Sprecher ihres neu gebildeten Vorstandes wurde H. J. Abs.[585]) Wie er von nun an den neuen Bankvorstand als „primus sine paribus" dirigierte, regierte Adenauer seine Partei, das Kabinett und die Bundestagsfraktion der CDU.[586]) Autoritär ordnete der Kanzler immer eindeutiger seine Politik den Zielen der von Abs und Pferdmenges repräsentierten führenden Gruppe des Oligopols unter. Seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundeswirtschaftsminister nahmen an Tiefe und Umfang zu.

Nach dem Abschluß der Rekonstruktionsperiode der bundesdeutschen Wirtschaft, wurden zunehmend die Auswirkungen der technischen Revolution[587]) wirksam und spürbar. In der materiell-technischen Basis der Wirtschaft vollzogen sich entscheidende qualitative Veränderungen. Ein steigender Automationsgrad und der wachsende Anteil elektronischer Ausrüstungen am Produktionsprozeß führten nicht nur zu einer größeren Differenziertheit, sondern zugleich damit auch zu einer zunehmenden Verflechtung der Produktionselemente, zu einer hochgradigen Komplexität der Produktion, wobei neue Technologien einen revolutionierenden Einfluß auf das Verhältnis zwischen den einzelnen Industriezweigen ausübten.[588]) In der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung nahm folglich das Wachstumstempo vor allem der Grundstoff-, Montan- und Schwerindustrie gegenüber der Chemie- und Metallverarbeitenden Industrie, sowie der Auto-Produktion relativ ab.[589]) So bildeten sich zwei Sektoren der Volkswirtschaft heraus, ein „Schrumpfsektor" und ein „Wachstumssektor".[590]) Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel[591]) erreichte in dieser zunehmenden Verflechtung aller volkswirtschaftlichen Bereiche einen Stand, der einen Übergang von konjunkturpolitischer Regulierung zu langfristigen Planungen, prognostischer Orientierung und Lenkung komplexer struktureller Prozesse erforderte.[592]) Doch unter den Bedingungen der privatwirtschaftlichen Eigentumsstruktur und der harten oligopolen Monopol-Konkurrenz konnte ein solch gesellschaftlich notwendiges stabiles Wachstum der Volkswirtschaft nicht erreicht werden. Der den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immanente Widerspruch[593]) reflektierte sich als Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der komplexen gesellschaftlichen Entwicklung eines stabilen Wirtschaftswachstums und damit einer optimalen Sozialbefriedigung, und der auf den privaten Eigentumsverhältnissen basierenden Konkurrenzwirtschaft mit dem Ziel maximalen Gewinnes. Die spontane Wachstumsdifferenzierung wurde somit in schnellem Tempo verschärft und nahm den Schein einer ausbrechenden „Strukturkrise" an. Von ihr wurde der Chemie- und Montan-Block am schwersten

575) Hierzu: United States versus concentration and monopoly, Washington 1947; Weißbuch über das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, Berlin 1951; dazu auch: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2320, Bonn 1964.
576) U. Wartmann, Wege und Institutionen zur Integration Europas 1945—1961, Bonn 1961; dazu: K. Adenauer, Erinnerungen 1953—1955, S. 270 f.
577) H. J. Abs, Geld und Kredit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Köln, Nr. 45/1958; vgl.: H. J. Abs, Aufgaben europäischer Zusammenarbeit, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Nr. 25/1958.
578) H. J. Abs, Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG am 8. 5. 1963, in: „Handelsblatt" vom 10./11. 5. 1963; hierzu H. J. Abs, Zur Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft, in: „Die Zeit" vom 28. 10. 1966, „Neue Ruhr-Zeitung" vom 24. 12. 1966.
579) M. R. Suchmatowa, Die Expansion des privaten Kapitals der USA nach Westeuropa, Moskau 1966; DWI-Berichte, Berlin, Nr. 11/1963: Das Auslandskapital in der westdeutschen Wirtschaft; dazu: Friedrich Rische, Les Investissements de Capitaux Americains en République Féderale Allemande, in: „Cahiers de Communisme", Paris, Heft 1/1967.
580) Diese Forderung ist für die Expansionspolitik von Abs charakteristisch; vgl.: „Die Welt" vom 22. 9. 1960, „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 9. 11. 1960, „Handelsblatt" vom 17. 1. 1961 und 6. 11. 1962, „Industriekurier" vom 15. 12. 1962 und 31. 3. 1963, „Handelsblatt" vom 10./11. 5. 1963 und „Industriekurier" vom 5. 6. 1963.
581) Hierzu: vgl.: E. Czichon H. J. Abs, Bankier und Politiker, Teil II, in: „Blätter" Heft 9/1967.
582) H. J. Abs. Geldwert und Währung in der EWG, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Köln, Nr. 6/1960; H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Köln, Nr. 24/1960.
583) Abs kam schon frühzeitig auf die Notwendigkeit einer „Opfer"-Politik zu sprechen, in: H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft; „Blick durch die Wirtschaft" vom 30. 5. 1965.

584) Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1958/1959, S. 6297 f., wo die Neubegründung der Deutschen Bank mit dem 30. 4. 1957 datiert.
585) „Der Stern" vom 27. 9. 1964; „Industriekurier" vom 13. 10. 1966; „Süddeutsche Zeitung" vom 14. 10. 1966, und: „Frankfurter Rundschau" vom 15. 10. 1966.
586) R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 41 ff.; Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, S. 129 ff.
587) Zum Begriff der „technischen Revolution": Norbert Wiener, Kybernetik, Düsseldorf-Wien 1963, S. 60.
588) Gerhard Schulz, Technische Revolution und Strukturwandel der Industrie, Berlin 1966, S. 56 ff. und S. 80 ff.
589) Ebenda, S. 74 ff. und S. 107 ff.; dazu: DWI-Forschungshefte 1/1967, Strukturwandlungen, Wirtschaftswachstumspolitik in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 3 ff.
590) G. Schulz, Technische Revolution, S. 132 ff.; R. Krengel, Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik, „Vierteljahreshefte des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung", Heft 4/1964, S. 364 ff.; Imperialismus heute, S. 115 ff.; „DWI-Forschungshefte" 1/1967, S. 12—14.
591) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgewählte Werke Bd. 1, Moskau 1947, S. 756 ff.; dazu: Imperialismus heute, S. 222 ff.
592) Dieter Klein, Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin 1965, S. 71 ff.; dazu: Wohin? Fragen/Widersprüche/Wege, Gedanken über eine demokratische Zukunft der Bundesrepublik, Berlin 1966; Lutz Maier, Vorwärtsstrategie der Wirtschaft, S. 49 ff.; und: Imperialismus heute, S. 729 ff.
593) Hierzu: K. Marx, Das Kapital, Berlin 1947, Bd. III/15. Kapitel.

betroffen.[594]) Er verfügte über den größeren Anteil am „Schrumpfsektor", der extraktiven Industrie, während der Fertigwaren- und Export-Industrie-Block noch weiterhin einen überdurchschnittlichen Produktionszuwachs verzeichnen konnte.[595]) Letzterer wurde auch von der Wirtschaftspolitik Erhards immer eindeutiger begünstigt, was dem Bundeswirtschaftsminister die scharfe Kritik der Chemie- und Montan-Industrie — vor allem die von Abs[596]) — einbrachte. Damit zeichnete sich nach 1959 in der Bundesrepublik immer deutlicher ein Rivalitätskampf beider finanzmonopolistischer Gruppierungen um den jeweils größten Einfluß auf den Staatsapparat ab.

Um die drohende Krise aufzufangen und neue Expansionsziele anzuvisieren, entwickelte Abs im Frühjahr 1960 als Sprecher des Chemie- und Montan-Blocks im offenen Gegensatz zum Bundeswirtschaftsminister eine globale Konjunkturkonzeption.[597]) Abs dachte nicht daran, die Krise durch sozialpolitische Maßnahmen über eine Steigerung der Kaufkraft und einen erhöhten sozialen Ausgleich abzuwenden, sondern er wollte sie, ebenso wie die Fertigwaren- und Exportindustrie, durch eine Intensivierung der großindustriellen Expansion auffangen.[598]) Doch Abs' Expansionsziele und -methoden differierten beträchtlich von denen Erhards. Abs hielt vor allem einen weiteren schnellen Ausbau der EWG für erforderlich[599]), ebenso einen verstärkten Kapitalexport, insbesondere nach Südamerika[600]) und Südafrika[601]). Woher er die aufwendigen Mittel für die so charakterisierten Expansionsabsichten nehmen wollte, legte er in seiner Rede vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG am 26. 4. 1960 unter der Losung „Verantwortung für Währung und Wirtschaft" dar. Er erinnerte darin die Bundesregierung an die „Verantwortung, die den Behörden mit ihrer Budgetpolitik, den Unternehmern mit ihrer Gewinn- und Preispolitik und den Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik unabdingbar zukommt." Ist hier bereits der erste Ansatz zu einer wirtschaftspolitischen „Konzertierung" festzustellen, so sind in dieser Rede von Abs auch andere Momente mit hochaktuellen Bezügen zu finden. Er forderte, strikt am Prinzip der Geldstabilität festzuhalten und über die Funktion des Geldes die Wirtschaftsentwicklung zu steuern, dafür könnten sogar, wie er ausführte, verschiedene Steuersubventionen abgebaut werden. Mit den eingesparten Mitteln sollte die Bundesregierung die Investitionspolitik der privaten Wirtschaft fördern. Neue soziale Vergünstigungen sowie die verstärkte Inanspruchnahme des privaten Kapitalmarktes durch die „öffentliche Hand", besonders durch die Kommunen, lehnte er entschieden ab, weil dadurch die Bereitstellung öffentlicher Gelder für neue Kapitalinvestitionen der privaten Wirtschaft und den Kapitalexport verhindert werden würde.[602]) Diese Rede von Abs ist um so bemerkenswerter, als er in ihr der Bundesregierung nicht nur erstmalig ein geschlossenes Wirtschaftsprogramm vorschlug, sondern auf diese Gedankengänge in seiner zunehmenden Polemik gegen Erhard immer wieder zurückgekommen ist. Doch Erhard war nicht wie Adenauer geneigt, den Ratschlägen von Abs zu folgen. Im Gegenteil, er verspottete die Abs-Adenauer'sche Wirtschaftskonzeption und hielt sie für überholt. Sein Publizist Altmann verhöhnte öffentlich die „Europa-Vorstellung" als eine „kontinentale Binnenideologie".[603]) „Westeuropa", parierte Altmann die EWG-Reden von Abs, „ist kein Großraum, von dem wir aus freizügig operieren könnten."[604]) „Mit Europa beschränken wir uns auf uns selbst", schrieb Altmann, „was wir brauchen, ist eine neue Weltorientierung', sind „Planungen größten Stils", um „das rote Imperium einzudämmen".[605]) Diese Offensive Altmanns gegen die EWG-Konzeption war offenbar durch die Tatsache beeinflußt, daß fast 60 Prozent des Exports der Fertigwarenindustrie über die EWG-Gebiete hinaus gingen und durch die protektionistische EWG-Außenhandelspolitik behindert wurden.[606]) In diesem Sinne wohl gedachte auch Erhard die heranreifende Krise im Gegensatz zu Abs mit einer punktuell orientierten Wachstumspolitik zu lösen. Durch einen steuerbegünstigten US-Kapitalimport[607]) sollten die weiteren Investitionen finanziert und der deutsche Außenhandelsüberschuß weiter erhöht werden.[608]) So projektierte der Bundeswirtschaftsminister, daß die Export- und Fertigwarenindustrie durch Ausnutzung des Weltmarktbooms die „Strukturkrise" zu Lasten des Chemie- und Montan-Blocks nivellieren sollte. Doch das von diesem Block beherrschte autoritäre Kanzlerregime unter Adenauer bildete für die Durchsetzung der Erhard'schen Konzeption ein ernstes Hindernis. Die Verschmelzung des Oligopols mit dem Staatsapparat über Personaldelegierungen und über die Unternehmerorganisationen der Wirtschaft war soweit forciert, daß diese Meinungsdifferenzen zu einer direkten Identifizierung beider finanzmonopolistischer Gruppen mit politischen Fraktionen erfolgte. Die polarisierten

594) Die Krise in der BRD entspringt dem Widerspruch zwischen den Eigentumsstrukturen und den Anforderungen der technischen Revolution, sie ist daher tiefgehender Natur; dazu: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Regierungserklärung von Kurt Georg Kiesinger vom 14. 12. 1967.

595) Hierzu: Reden von H. J. Abs, in: „Die Tat", Zürich, vom 21. 2. 1962; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, Rede auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 26. 1. 1967.

596) H. J. Abs, Das Bewährte erhalten, „Rheinischer Merkur" vom 8. 7. 1960; Rede vor der Mitgliederversammlung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer, in: „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 8. 6. 1961; H. J. Abs, Rede vor dem Münchener Exportclub, in: „Der Tag" vom 6. 12. 1961; H. J. Abs, Rede vor dem Institut für Weltwirtschaft, in: „Neue Zürcher Zeitung" vom 17. 12. 1963; H. J. Abs, Rede vor der Universität in Mainz, in: „Die Welt" vom 15. 7. 1964.

597) H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft; H. J. Abs, Der Wechselkurs kein Geld für Europa, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 6. 1960; H. J. Abs, Das Bewährte erhalten, in: „Rheinischer Merkur" vom 8. 7. 1960.

598) Eine expansive Politik streben sowohl Erhard/Altmann als auch Abs an; vgl.: R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 155 ff., L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf-Wien-Frankfurt/Main, 1962, S. 608 ff.; dazu: H. J. Abs. Reden zur Frage der deutschen Wirtschaftsexpansion vgl. „Industriekurier" vom 31. 1. 1963, „Die Welt" vom 14. 3. 1964 und 5. 5. 1964; beide Gruppierungen sind auch im Präsidium der „Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e. V." vertreten, der Günter Henle (Klöckner-Konzern) vorsitzt.

599) H. J. Abs, Geld und Kredit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstitutes Nr. 45 vom 10. 11. 1958; H. J. Abs, Aufgaben europäischer Zusammenarbeit, Vortragsreihe des Deutschen Industrie-Institutes, Köln, Nr. 25 vom 23. 6. 1958.

600) H. J. Abs, Gute Anleihen in Argentinien, „Die Welt" vom 15. 4. 1964.

601) H. J. Abs, Rede in Johannisburg, „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 20. 9. 1963; dazu: Denkschrift des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR, Das Bündnis Bonn-Pretoria, Berlin 1967, S. 5 ff., über die Zusammenarbeit von Dr. Nicolaas Diederichs mit der NSDAP und mit Abs (Diederichs ist seit dem Februar 1967 Finanzminister des südafrikanischen Kabinetts; hierzu auch S. 61, über die Rolle von Kurt Weigelt (einem engen Mitarbeiter von Abs) während des Krieges in Afrika als Kolonialfachmann der Deutschen Bank; ADB Nr. 6474 Reichswirtschaftskammer Bd. 3 Auslandssekretariat; Dr. Weigelt, Deutsche Kolonialwirtschaftliche Unternehmen.

602) H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft, Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank am 26. 4. 1960.

603) R. Altmann, Das Erbe Adenauers, S. 148.

604) Ebenda, S. 151.

605) Ebenda, S. 152.

606) H. J. Abs, Dauerhafte Senkung des Außentarifs, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6. 4. 1960; dazu: „Frankfurter Rundschau" vom 7. 4. 1960.

607) Wolfgang Hahn, Monopole und Staat in Westdeutschland zur amerikanischen Kapitaloffensive, in: „DWI-Berichte", Heft 7/1967; Die Dollar-Invasion-Amerikanische Kapitalanlagen in der westdeutschen Wirtschaft, in: „DWI-Berichte", Heft 8/1966; „DWI-Forschungshefte", Heft 2/1967: Bonn-Washington, Analyse eines Bündnisses, Berlin 1967; dazu: L. Erhard, Über den Lebensstandard, in: „Die Zeit" vom 15. 8. 1958; H. J. Abs, Rede vor dem Institut für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, in: „Industriekurier" und „Tagesspiegel" vom 31. 1. 1963; Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, in: „Handelsblatt" vom 10./11. 5. 1963; Rede vor der Industrie- und Handelskammer in Karlsruhe, in: „Industriekurier" vom 5. 6. 1963.

608) Hierzu vor allem auch zum Streit um die DM-Aufwertung: H. J. Abs, Rede vor dem Instituto per gli studi di politica internazionale in Mailand, gemeinsam mit Blessing und Hallstein, in: „Frankfurter Rundschau" vom 15. 1. 1961; H. J. Abs, Rede in Tokio, in: „Deutsche Zeitung" vom 21. 3. 1967; H. J. Abs, Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, in: „Die Welt" vom 5. 5. 1961; H. J. Abs, Rede in der Hauptversammlung der Philipp Holzmann AG, in: „Die Welt" vom 2. 7. 1961; H. J. Abs, Rede vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Basel, in: „Die Tat", Zürich, vom 21. 2. 1961; H. J. Abs., Rede vor der Bankiersvereinigung der USA, in: „Deutsche Zeitung" vom 30. 9. 1962 („Die DM-Aufwertung war ein Irrtum").

Konzeptionen über die weitere Gestaltung der expansiven Wirtschafts- und Staatspolitik als Ausdruck der oligopolen Rivalität zeugten einmal von einer höhergradigen Interessenskorrespondenz zwischen der Großindustrie und der Staatsmacht, zum anderen wurden dadurch aber auch zugleich die eigentlichen jeweiligen Zielstellungen als „allgemeine Volksinteressen" ideologisch verbrämt. Erhard leitete so die Kampagne zur Ablösung Adenauers als politischen Repräsentanten der dominierenden Chemie- und Montanindustrie-Gruppierung mit dem Schlagwort von einem „neuen politischen Stil" ein [609]), das jedem Durchschnittsbürger eine demokratiegerechte Führung suggerieren sollte. Daher übte Erhard auch in seinen Maßhalte-Reden neben seinen Attacken gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften mit dem Nachlassen der Hochkonjunktur eine immer schärfere Kritik an seinen Rivalen.[610])

Abs, der die Angriffe Erhards nicht unbeantwortet ließ, behauptete entschieden, daß die Bundesrepublik kein strukturelles Überschußland darstelle und daß der Haushaltsdefizit niemals durch einen größeren Außenhandelsüberschuß ausgeglichen werden könnte. Er wies ebenso scharf die Erhard'schen Vorschläge hinsichtlich einer Protegierung des Kapitalimports und der Wachstumsindustrie zurück, weil die Wachstums- und Währungsstabilität damit nur weiter gefährdet würden; monetäre Sauberkeit aber sei das oberste Gebot der Wirtschaftsführung.[611]) Erhard, so warnte Abs, unterschätze eine gesunde Währungs- und Kapitalmarktpolitik. Es wäre dringender, die bundesdeutsche Industrie wieder zur „Selbstfinanzierung" anzuhalten, statt sich auf ausländische Kapitalgeber zu verlassen [612]), denn diese „Selbstfinanzierung", hob Abs vor dem Wirtschaftsrat der SPD in der Heimvolkhochschule in Bergneustadt hervor, sei der einzige Weg zur Stabilisierung der finanziellen Grundlagen des Wachstums der Wirtschaft und ihrer „Außenwirtschaftsziele".[613]).

Die Auswirkungen der technischen Revolution führten damit in der Bundesrepublik nicht nur zu einer Aktivierung der latenten Krisenursachen und folglich zu einer konjunkturellen Rezession, sondern zugleich auch zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den finanzmonopolistischen Gruppen des Oligopols. Doch die sich abzeichnende Krise konnte, da sie nicht primär „strukturell" bedingt war, weder durch eine Erhard'sche Strukturpolitik, noch durch jene von Abs angeregte Globalsteuerung im Interesse der Volkswirtschaft gemeistert werden [614]), denn beide Konzeptionen enthielten keine gesellschaftlich verankerten Lösungswege. **Ihnen war gemeinsam, daß sie jede demokratisch** orientierte Wirtschaftspoitik ablehnten, die allein ermöglichen würde, Wege zu

609) L. Erhard, **Wir leben nicht mehr in Metternichs Zeiten, in: „Die Zeit" vom 25. 12. 1959.**
610) L. Erhard, Außenpolitik und innere Ordnung als Leitbild, in: „Außenpolitik", Bonn, **Heft 1/1961, S. 5 ff.**; siehe auch: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 219/1961, S. 2056 ff.
611) H. J. Abs, Rede vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG 1962, in: „Die Welt" vom 4. 5. 1962; H. J. Abs, Stabile Währungen, Artikel in: „Deutsche Zeitung" vom 31. 12. 1963; H. J. Abs, Droht 1965 eine inflationistische Entwicklung?, Artikel in: „Tagesspiegel" vom 1. 1. 1965.
612) H. J. Abs, Rede auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG 1963, in: „Handelsblatt" vom 10./11. 5. 1963; H. J. Abs. Rede vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG 1965, in: „Industriekurier" vom 6. 5. 1965.
613) Zur Bedeutung der Selbstfinanzierung als regulierende Investitionspolitik: Imperialismus heute, S. 348 ff.; H. J. Abs, Rede in der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, in „Deutsche Zeitung" vom 9. 5. 1963; H. J. Abs, Rede vor dem Verband der Pfälzischen Industrie in Bad Dürckheim, in: „Stuttgarter Zeitung" vom 26. 11. 1964; H. J. Abs, Rede vor der Industrie- und Handelskammer Erlangen, in: „Die Zeit" vom 19. 2. 1965; Rede vor der Gesellschaft für auswärtige Politik, in: „Industriekurier" vom 6. 7. 1965.
614) Inperialismus heute, S. 722 ff.; hierzu: Lutz Maier, Vorwärtsstrategie der Wirtschaft, in: Wohin? Fragen/Widersprüche/Wege, S. 49 ff.

einer realen Behebung der tatsächlichen Krisenursachen zu finden.[615]) Der Fertigwaren- und Export-Industrie gelang es, in der Bundestagswahl vom 17. 9. 1961 durch „jüngere Leute" innerhalb der CDU-Fraktion eine größere Interessenvertretung gegenüber denen der Chemie- und Montan-Gruppierung zu erlangen, als es in früheren Jahren möglich war.[616]) In einer innerfraktionellen Rebellion wurde Adenauer trotz erbitterten Widerstands zum Rücktritt gezwungen. So schien es, als hätten Abs und Pferdmenges mit dem Beschluß der CDU-Bundestagsfraktion vom 23. 4. 1963 über die Berufung von Erhard zum Kanzler eine wesentliche Schlacht um die oligopole Führung verloren.

Erhard ging auch nach dem 16. 10. 1963 als neuer Mann der exekutivischen Macht umgehend daran, die errungene Vormachtstellung seiner finanzmonopolistischen Gruppierung auszubauen.[617]) Die EWG-Politik behandelte er vorerst dilatorisch. Den Staatshaushalt setzte er zugunsten einer strukturell geprägten Exportpolitik ein und trachtete danach, seinen „neuen politischen Stil" über den am 31. 3. 1965 auf dem 13. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf öffentlich verkündeten Kurs einer „Formierten Gesellschaft" [618]), sowie über ein neues Aktiengesetz [619]) (das in der Öffentlichkeit spöttisch „Lex Abs" genannt wurde [620]) zu realisieren. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollten nach Erhards Vorstellungen der monopolen Führungsgruppe und ihrer Konzeption rigoros untergeordnet werden. Dazu müßten erstens die rivalisierenden Großunternehmer, vor allem aber die Gewerkschaften, zu „gemeinwohl-orientierten" gesellschaftlichen Kräften umfunktioniert werden (wobei selbstredend das „Gemeinwohl" mit dem Interesse der führenden Monopolgruppe identisch war); zweitens implizierte die „Formierte Gesellschaft" eine „Reform der Demokratie", um die Bundesrepublik von einer „pluralistischen Verbändegesellschaft" in eine „autoritäre Leistungsgesellschaft" umzumodeln; [621]) und drittens wollte man ein „gesellschaftliches Gesamtbewußtsein" erzeugen, aus dem „stabilitätskonformes Verhalten" resultieren würde.[622])

In den entscheidenden Positionen des CDU-Parteiapparates, in den Führungsgremien der Unternehmerverbände und in der Wirtschaftsführung verfügten jedoch die Vertreter des Chemie-Montan-Blocks nach wie vor über einen unangetasteten Einfluß. Strauß behielt beispielsweise die Führung der CSU und Rainer Barzel leitete weiterhin die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, während Adenauer Ehrenvorsitzer der Partei blieb; auch Blessing, der Intimus von Abs, beherrschte nach wie vor die Bundesbank. Unverändert blieb auch die Machtposition von Abs, trotz des neuen Aktiengesetzes, ja, seine Machtposition nahm sogar noch zu.[623])

615) Hierzu: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Bericht der Sozialenquête-Kommission, Stuttgart 1966; dazu: Wolfgang Müller, Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, in: Schäfer/Neddelmann, Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967, S. 5 ff.
616) H. Bertsch, Wer sitzt im Bonner Bundestag, S. 109 ff.
617) Hierzu: Regierungserklärung von L. Erhard vom 18. 10. 1963, in: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 19. 10. 1963.
618) 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf, Protokoll, Bonn 1965, L. Erhard, Programm für Deutschland, Referat am 31. 3. 1965; dazu: L. Erhard, Der Weg in die formierte Gesellschaft, in: Ecopa, Heft 8/1965 sowie: Thesen zur Formierten Gesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare", Bonn, Heft 13—14/1965.
619) Deutscher Bundestag, Sitzung vom 6. 9. 1965.
620) „Der Spiegel" Nr. 45 vom 3. 11. 1965.
621) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1965; R. Opitz, Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft, in: „Blätter", Heft 3/1966; Ronald Koller, Die „Formierte Gesellschaft", in: „Zukunft", Wien, Heft 18/1966; sowie: Imperialismus und Weltanschauung, Protokoll, Berlin 1967.
622) Eric Voegelin, Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 11/1965; Goetz Briefs, Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, in: „Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 15/1965; hierzu: Eugen Gerstenmaier, Der Primat der Politik, Rede auf dem Herrenabend des CDU/CSU-Wirtschaftstages in Bonn am 26. 1. 1967, in: Die Wirtschaft in der politischen Verantwortung, S. 188 ff.
623) **Leitende Männer der Wirtschaft 1962 und 1963.**

Erhard gelang es nicht, die Positionen seiner Rivalen zu schwächen und ihren mächtigen Einfluß zurückzudrängen. Noch weniger konnte er die Krise auffangen, im Gegenteil, die partielle Strukturkrise verschärfte sich nach 1965 zusehends. Sie ließ insbesondere 1966/1967 den eigentlichen Krisencharakter, als zyklische Überproduktionskrise [624]), deutlich werden. Der anhaltende Rückgang der Zuwachsrate der Industrieproduktion und ihr Zurückbleiben hinter der Entwicklung der übrigen EWG-Länder [625]), die Nichtauslastung der industriellen Kapazitäten, (das Absinken der Auslastung auf 75 Prozent) [626]), der Rückgang der Investitionen [627]), das Stagnieren der Liquidität der Banken [628]) und der Chemie- und Elektroindustrie [629]), das Anschwellen der Firmenkonkurse, insbesondere in der weniger monopolisierten Industrie [630]), und die zunehmende Arbeitslosigkeit [631]), sowie schließlich die durch eine Expansion der Ausgaben der öffentlichen Hand verursachte defizitäre Lage des Staatshaushaltes [632]) verschärften vor allem bei den Großindustriellen und Bankiers der Chemie- und Montanindustrie den Widerstand gegen Erhards Politik. Abs wurde dabei einer der prominentesten Kritiker des neuen Bundeskanzlers. Nicht, daß er sich gegen die von Erhard proklamierte „Reform der Demokratie" wandte oder die ihr parallel gedachte „soziale Disziplinierung" zurückwies, seine Attacken richteten sich vor allem gegen die neue Vormachtstellung der Fertigwaren- und Export-Industrie und der ihren expansiven Zielen entsprechenden Budget-, Konjunktur- und Außenwirtschaftspolitik. In den Reden, die Abs in diesen Monaten hielt, brandmarkte er sogar eine angebliche „Gefahr der Fehlentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in einem korrumpierenden Sozialstaat" [633]) und prangerte mit zunehmender Schärfe die „Sorglosigkeit der Politiker gegenüber der schleichenden Geldentwertung" an; er charakterisierte ihr „primitives Produktionsdenken" als einen „Mangel der genaueren Kenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge".[634]) „Wir segeln hart am Wind", fügte Abs drohend hinzu, denn die bundesdeutsche Wirtschaft werde mit dieser Politik immer weniger ihre expansiven Ziele verfolgen können. Stattdessen verfolge die Bundesregierung ein „vordergründiges Konsumtionsprogramm, das mehr dem Wählerwollen als den wirtschaftlichen Realitäten entspricht".[635]) Damit aber werde das Leistungsvermögen der Wirtschaft überfordert und ihre monetäre Stabilität gefährdet.[636]) Der hinzukommende Mangel an wirtschaftlicher und finanzpolitischer Koordination und eine „anachronistische Wertpapiersteuer" [637]) hätten sowohl die dringend erforderlichen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Großunternehmen als auch deren Investitions- und Kapitalexportpolitik ernsthaft behindert [638]), womit die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft eingeengt worden seien. Folglich würden die Unternehmen einer Auszehrung ausgesetzt und müßten ihre Krisenanfälligkeit bedenklich steigen.[639]) Angesichts dieser (wenn auch zweckbedingten) scharfen „Analyse" konnte es nicht mehr überraschen, daß Erhard — nach der Ansicht von Abs — „die Verschlechterung des wirtschaftlichen Klimas mitverursacht habe." [640]) Es komme folglich in erster Linie darauf an, das alte Vertrauensverhältnis zwischen Industrie und Regierung wiederherzustellen.[641]) Gegen den Kanzler nahm Abs jedoch nicht nur in scharfen Reden Stellung, er attackierte ihn auch mit bissigen Bonmots: „Geben sie mir eine stabile Regierung, und ich garantiere ihnen stabile Kurse an der Börse." [642]) Wirksamer als Reden und Bonmots, um den Sturz des mißliebigen Kanzlers zu erreichen, erwies sich die Ausnutzung seiner Machtposition im Spannungsfeld der oligopolen Rivalitäten. Karl Blessing, Abs' langjähriger Freund, griff im Gegensatz zu Schmückers und Dahlgrüns Fiskalpolitik mit einer Restriktion der Bundesbank „wirkungsvoll in den Markt" ein [643]), er setzte den Diskont auf 5 Prozent herauf, um damit die Hochkonjunktur der Fertigwaren- und Export-Industrie zu dämpfen.[644]) Die so manipulierte Arbeitslosigkeit bezeichnete Blessing kühl als „erforderlich, um wieder zu wirtschaftlichen Höchstleistungen zu kommen".[645]) Die Fronde gegen Erhard, dessen Ansehen auch in der Bevölkerung rapide abnahm, formierte sich in der Villa Collina am Comer See.[646]) Abs, Strauß und Barzel trafen sich hier mit Adenauer. Die Große Koalition wurde vorbereitet. Die einzelnen Vorgänge bis zum 1. Dezember 1966 können im Rahmen dieser Arbeit nicht dargestellt werden. Jedenfalls waren die maßgeblichen Mitglieder des neuen Kabinetts die Exponenten jener Kräfte, die als Träger der Anti-Erhard-Fronde fungierten und die früher die Stütze der Adenauer-Kabinette gewesen waren, nämlich die Kräfte des Chemie-Montan-Blockes. Die Einbeziehung der SPD in die Regierung steht dazu keineswegs in Widerspruch. In allen wesentlichen Fragen hatte sich die SPD-Führung den Positionen gerade dieses Industrieflügels angenähert und war nunmehr bereit, die Wirtschafts- und Finanzkrise, eine Folge der bisherigen Gesamtpolitik, im großindustriellen Sinn auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung

624) K. Marx, Das Kapital, Bd. I Berlin 1947, S. 653 ff.; hierzu: Gert Maurischat/Bruno Warnke, Wirtschaftskrise in Westdeutschland, in: „DWI-Berichte", Heft 10/1967; sowie: Berichte des Bundesministers für Wirtschaft, Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1964—1966.
625) Berliner Bank AG, Wirtschaftsberichte 1965—1967, Die Wirtschaftslage in Westdeutschland/Internationales Kulturmosaik.
626) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht Nr. 24 vom 16. 6. 1967; Berliner Bank AG, Wirtschaftsbericht 2/1966, S. 2; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 56; Deutscher Bundestag, Sitzung von 6. 9. 1967; schließlich: H. J. Abs, Rede vor der Bank-Akademie Köln in Berlin, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. 3. 1967.
627) Berliner Bank AG, Wirtschaftsbericht 3/1967; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 57 ff.
628) Ebenda, S. 58; dazu: „Der Spiegel" Nr. 35 vom 22. 8. 1966.
629) „Der Spiegel" vom 22. 8. 1966.
630) „Der Spiegel" Nr. 36 vom 28. 8. 1967.
631) Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit: „Der Spiegel" Nr. 26 vom 20. 6. 1966, und: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1967, S. 149 f.
632) H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 60; dazu: „Der Spiegel" Nr. 1/2 vom 3. 1. 1966.
633) H. J. Abs, Pressegespräch im Anschluß an die Hauptversammlung der Delog AG, wo Abs bereits 1962 für das kommende Jahr eine „Abkühlung der Gewinnlage" prognostiziert, weil die sozialen Leistungen zu stark den Kapitalmarkt belasten, in: „Die Welt" vom 15. 10. 1963; in seiner „Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage" und in seiner Rede vor der Bankakademie in Berlin geht Abs wiederum auf diese Problematik ein, weil „die Gewinne der stärkste Motor der Selbstfinanzierung" seien; Telegraf vom 13. 2. 1967; hierzu auch Vorwort von Abs zu: Blessing/Bloug u. a. Die Zukunft des Kapitalismus, Hrgb. von E. W. Mommsen, Düsseldorf/Wien 1967, S. 6.
634) H. J. Abs, Rede im Münchener Exportclub, in: „Tagesspiegel" vom 6. 12. 1961; Wir dürfen nicht zu Fatalisten werden, in: „Süddeutsche Zeitung" vom 25. 3. 1966.
635) Scharfe Angriffe gegen das Erhard-Kabinett richtete Abs in seinen Reden auf der Hauptversammlung der Rheinischen Braunkohlen AG („Frankfurter Rundschau" vom 26. 7. 1965) und vor dem Verein der Juristen der Bundesbahn („Frankfurter Rundschau" vom 4. 10. 1965) wegen der Haushaltslage.
636) H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 60—61; sowie: „Industriekurier" vom 24. 7. 1965.
637) H. J. Abs, Die Wertpapiersteuer — ein Anachronismus, in: „Süddeutsche Zeitung" vom 14. 10. 1963.
638) H. J. Abs, Rede vor der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes, in: „Industriekurier" vom 15. 12. 1962; H. J. Abs, Rede in der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, in: „Die Welt" am 3. 5. 1966, „Handelsblatt" vom 4. 5. 1966.
639) H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 59.
640) H. J. Abs, Rede in der Universität München, in: „Frankfurter Rundschau" und „Die Welt" vom 6. 7. 1966; H. J. Abs, Richtige und falsche Rezepte, in: „Die Welt" vom 3. 6. 1966.
641) H. J. Abs, Rede vor dem Wirtschaftsrat der CSU, in: „Industriekurier" vom 24. 7. 1965.
642) „Der Spiegel" vom 3. 11. 1965.
643) H. J. Abs vor dem AStA der Universität München, in: „Die Welt" vom 6. 7. 1966; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 60; K. Blessing, Aktuelle Fragen der Bundesbankpolitik, Rede auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1967 in Bonn, a.a.O., S. 221 ff.
644) H. J. Abs, Richtige und falsche Rezepte, in: „Die Welt" vom 3. 6. 1966.
645) K. Blessing, Aktuelle Fragen der Bundesbankpolitik, a.a.O., S. 222.
646) „Der Spiegel" Nr. 35 vom 22. 8. 1966 und Nr. 43 vom 17. 10. 1966.

zu lösen. Für die Großindustrie war die Regierungsbeteiligung der SPD unerläßlich, um ihre Politik auf eine neue Massenbasis zu stellen und den wachsenden Widerstand [647]) der Bevölkerung abzufangen bzw. zu spalten.
Nicht zufällig übernahm Karl Schiller [648]) das Bundeswirtschaftsministerium. Er verfügte seit langer Zeit über gute Beziehungen zu Abs und unterstützte seit Jahren dessen wirtschaftspolitische Vorstellungen. Als Schiller 1948 zum sozialdemokratischen Wirtschaftssenator in Hamburg avancierte, befreundete er sich mit dem Präsidenten der Hamburger Landeszentralbank, Karl Klasen.[649]) Nicht nur, daß Abs in der britischen Besatzungszone in jenen Jahren maßgeblichen Einfluß auf deren Finanzgestaltung nahm [650]), Klasen selbst war seit 1935 Justitiar der Hamburger Filiale der Deutschen Bank AG. Er wurde zu ihrem stellvertretenden Direktor berufen, als nach 1945 Abs in Hamburg seine provisorische „Ausweichstelle" des Bankvorstandes schuf.
Was Abs im Jahre 1941 in Übereinstimmung mit den IG-Farben-Managern als Ziel der nationalsozialistischen Kriegsführung zu erreichen hoffte [653]), woran Schiller in jenen Jahren an anderer Stelle mitarbeitete [654]) und wofür Kiesinger die Mikrofone der Goebbel'schen Interradio AG benutzte [655]), die Schaffung eines kontinentalen europäischen Großraumes unter der Vorherrschaft der deutschen Konzerne —, dieses Ziel propagierten Adenauer, Abs und Strauß nach 1945, den jeweiligen Entwicklungsphasen der westdeutschen Politik gemäß, in differenzierten Formen wieder. Insbesondere die Identität der Gedanken von Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa" [656]) mit denen jener Denkschrift, die im Herbst 1944 von Riedl mit Zustimmung von Abs und Blessing als modifizierte großindustrielle deutsche Nachkriegsstrategie projektiert worden war [657]), ist geradezu verblüffend. Barzel proklamierte diese Gedanken vom „europäischen Großraum" als politische Leitlinie der CDU auf deren 15. Bundesparteitag in Braunschweig und bot sie als „anspruchsvolle Außenpolitik" dar.[658]) Strauß und Barzel greifen hierbei auf die von Abs in den Kriegsjahren geförderte Konzeption zurück, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Integration Südosteuropas. Wie Abs 1942 „das neue Europa auf den Schlachtfeldern dieses Krieges zu schmieden" propagierte [659]), so entwickelte Strauß zur „Integration" der südosteuropäischen volksdemokratischen Länder in die „europäische Gemeinschaft" einen strategischen Plan, in dessen erster Etappe der „politische Zusammenschluß der Sechs" mit dem Aufbau einer „europäischen nuklearen Abschreckungsmacht" verbunden sein soll [660]), um damit die Sowjetunion soweit unter militärischen

647) K. O. von Aretin/Ernst Bloch/H. M. Enzensberger/Helmut Ridder u. a., Notstand der Demokratie, Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongreß am 30. 10. 1967 in Frankfurt/Main, Frankfurt/Main 1967.
648) Hanns-Jochen Hauss/Reinhard Opitz, Zu Karl Schillers Werdegang, in: „Blätter", Heft 5/1967, S. 454 ff.
649) „Der Spiegel" Nr. 18 vom 24. 4. 1967; dazu: „Die Welt" vom 25. 4. 1959, „Handelsblatt" vom 11. 7. 1955, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25. 7. 1959; Adreßbuch 1966, S. 533.
650) Vgl. hierzu die Fußnote 419.
651) „Die Zeit" vom 2. 6. 1967; „Spandauer Volksblatt" vom 16. 4. 1967 und „Die Welt" vom 1. 6. 1967.
652) H. J. Abs, Interview mit der „Welt am Sonntag" vom 16. 10. 1966.
653) ADB Nr. 6474 Bd. 1, H. J. Abs, Europa und die USA in wirtschaftlicher Betrachtung (17. 7. 1941), Referat und Schlußwort vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer.
654) Hanns-Jochen Hauss/Reinhard Opitz, Zu Karl Schillers Werdegang, a.a.O., S. 458 ff.
655) Reimund Schnabel, Mißbrauchte Mikrofone, Wien 1967; dazu: „Der Spiegel" Nr. 47 vom 14. 11. 1966.
656) Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966.
657) E. Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker, Teil II, in: „Blätter", Heft 9/1967, S. 928 ff.
658) 15. Bundesparteitag der CDU, Braunschweig, Rainer Barzel, Bericht der Bundestagsfraktion am 22. 5. 1967 (Presse-Manuskript), S. 7 ff.' Barzel greift hier noch einmal die bereits 1944 strapazierte Idee der „Großraumwirtschaft" auf (S. 8); wie Riedl 1944 und Strauß 1966 fordert nun Barzel als Politik der CDU die gleiche Zielprojektion.
659) H. J. Abs, Außenhandel im neuen Europa, Artikel für die Propagandaabteilung des Auswärtigen Amtes, in: ADB Nr. A 1 Bd. 10.
660) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, S. 19.

Druck zu setzen, daß sie schließlich ihre „politischen Freunde aufgeben" würde.[661]) In der Zwischenzeit dürfe die westdeutsche Kreditpolitik gegenüber diesen Ländern nur derartige Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung als der Stärkung dieser Regime dienen.[662]) Ganz ähnlich hatte Abs im Jahre 1941 empfohlen, daß Deutschland nur jenen Ländern Kredite gewähren solle, die gewillt sind, sich „auf die Bedürfnisse des kreditgebenden Landes einzustellen".[663]) Als zweite Etappe seiner Expansionsabsichten projektiert Strauß dann das vereinigte „Bundes-Europa", wobei die „heute noch unter politischer und militärischer Kontrolle der Sowjetunion stehenden Völker Ost- und Südosteuropas das Bedürfnis" hätten, „sich in einer gesamteuropäischen Gemeinschaft einzugliedern".[664]) Diese unverhüllten Expansionsabsichten dürften die betroffenen Völker wahrlich nicht von der Ehrlichkeit einer „friedlichen bundesdeutschen Entspannungspolitik" überzeugen. In ihnen kommt lediglich das alte Großraumprogramm der deutschen Großindustrie von 1914/1915 [665]), von 1941/1942 und 1944 wieder zum Vorschein, nur modifiziert und ideologisch neu frisiert.[666])
Zur Durchsetzung dieses außenpolitischen Programms soll das Kabinett der Großen Koalition alle innenpolitischen Voraussetzungen schaffen. Auch hierzu liegen von Abs Vorschläge bereit, die er in seiner programmatischen Rede im April 1960 grob umrissen und dann in seiner Polemik gegen Erhard ziemlich präzisiert hatte, um sie dann nochmals auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 26. 1. 1967 in Bonn zusammenzufassen [667]): Ein ausgeglichener Staatshaushalt müsse die Voraussetzungen des weiteren Wachstums der Investitionen und der Produktion sichern; nur davon ausgehend wäre die EWG weiter auszubauen und sowohl die „Selbstfinanzierung" als auch der mit fiskalischen Mitteln verstärkte Kapitalexport zu realisieren. Dazu müsse die Bundesregierung erstens „Prioritäten der politischen Führung schaffen", worunter Abs vor allem einen Kodex des Wohlverhaltens aller sozialen Gruppen verstanden haben will, innerhalb dessen sich der Staat, die Unternehmer und die Gewerkschaften zu „konzertieren" hätten, damit sich die Tarifpolitik künftighin an entsprechend festgelegten Leitziffern orientieren könne; zweitens empfahl Abs seinen Gedanken der Globalsteuerung mittels eines über Jahre geplanten Staatshaushaltes zu realisieren, was über ein Stabilitätsgesetz zu erreichen wäre [668]); und schließlich müsse drittens statt der bisherigen Steuervergünstigung für die Kapitalimporte die Selbstfinanzierung der Unternehmen durch Streichung von Steuersubventionen und über Steuerverlagerungen (Mehrwertsteuer) aktiviert werden.[669]) Abs bekennt

661) Ebenda, S. 86.
662) H. J. Abs, Die finanziellen Rückwirkungen des Krieges auf die west- und mitteleuropäischen Länder, Rede vom 9. 5. 1940, Berlin 1940.
663) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, S. 42.
664) Ebenda, S. 89.
665) F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 132 ff.
666) Klaus Ehrler, Schein und Wirklichkeit der neuen Entspannungspolitik, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 2/1967, S. 127 ff.; dazu: „DWI-Forschungshefte" Nr. 3/1967: Die Bonner Ostpolitik, Berlin 1967.
667) H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft; H. J. Abs, Rede vor der Staatspolitischen Tagung der Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands, in: „Blick durch die Wirtschaft" vom 30. 6. 1965; H. J. Abs, Schwimmbäder oder Computer, Rede vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG 1966, in: „Handelsblatt" vom 3. 5. 1966; sowie: H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage.
668) H. J. Abs, Verantwortung für Währung und Wirtschaft; H. J. Abs, Rede vor der Industrie- und Handelskammer in Augsburg, in: „Handelsblatt" 21. 6. 1961; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 60—61.
669) H. J. Abs, Rede vor der Hauptversammlung der Kali-Chemie AG, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 8. 7. 1966; „Der Spiegel" Nr. 35 vom 22. 8. 1966; H. J. Abs, Notfalls Konsumsteuer erhöhen, in: Wirtschaftliche Mitteilungen der Deutschen Bank AG, Dezember 1966; H. J. Abs, Diagnose der gegenwärtigen Konjunkturlage, S. 61—63.

macht [694]) und das mit einem Umsatz von annähernd 100 Milliarden DM das jährliche Volkseinkommen Hollands und Dänemarks zusammengenommen übertrifft, stellen eine nahezu beispiellose Machtkonzentration dar.[695]). Doch darauf beschränkt sich der Machteinfluß von Abs nicht. An der Spitze der Deutschen Bank AG, nunmehr als Vorsitzer ihres Aufsichtsrates, dirigiert er sogar die Finanzdynamik von über 55 Prozent des gesamten bundesdeutschen Gesellschaftskapitals.[696]) Mit vollem Recht stellte deshalb „Der Spiegel" fest: „Kein Ministerposten in Bonn . . . könnte Hermann Josef Abs jenes Maß von Macht und Einfluß schaffen, das er jetzt besitzt." [697]) Diese private Machtfülle, die in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik bereits zunehmende Besorgnis hervorruft [698]), wird von Abs als sein uneingeschränktes Recht entschieden verteidigt.[699]).

Die Forschungen über die Tätigkeit dieses Mannes in der deutschen Politik der letzten dreißig Jahre können noch nicht als abgeschlossen gelten. Doch schon das hier ausgewertete Material erlaubt es, die Rolle von Hermann Josef Abs im wesentlichen zu bestimmen. Am Wirken von Abs wiederum wird exemplarisch sichtbar, um welche Ziele es der deutschen Großindustrie ging und geht.

694) Die vom „Spiegel" („Der Spiegel" Nr. 45 vom 3. 11. 1965) berechnete Summe des von Abs kontrollierten Aktienkapitals ist zu klein angesetzt; vgl.: Handbuch der Großunternehmen, Berlin 1967; sowie: Leitende Männer und Frauen der Wirtschaft, Berlin 1967.

695) Die Gesamtsumme des Aktien- und Gesellschaftskapitals der BRD wird jährlich im Statistischen Jahrbuch für die BRD ausgewiesen; für 1966 beträgt sie nach diesen Angaben 48 181,1 Milliarden DM für Kapitalgesellschaften und 29 735,6 Milliarden DM für Handelsgesellschaften; dazu: Die Macht der Hundert, Mechanismus der staatsmonopolistischen Herrschaft in Westdeutschland, Berlin 1966; „Der Spiegel" Nr. 45 vom 3. 11. 1965.

696) Der Einfluß-Anteil der Deutschen Bank AG am Gesamtkapital in der BRD ergibt sich aus der Summe des Aktienkapitals, jener Gesellschaften in denen Vorstandsmitglieder, Mitglieder des Aufsichtsrates oder leitende Direktoren der Bank an leitender Position vertreten sind; die Summe läßt sich relativ leicht mit dem Handbuch der Großunternehmen 1967 und dem Adreßbuch (Leitende Männer und Frauen der Wirtschaft, Berlin 1967) feststellen.

697) „Der Spiegel" Nr. 45 vom 3. 11. 1965.

698) „Der Spiegel" Nr. 48 vom 24. 11. 1965 mit den Zuschriften zur Veröffentlichung des „Spiegels" Nr. 45 über H. J. Abs; hierzu: K.-H. Stanzick, Der ökonomische Konzentrationsprozeß, in: Schäfer/Nedelmann, Der CDU-Staat, S. 23 ff.

699) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 18. 2. 1955; „Die Welt" vom 18. 6. 1955.

Noch zu bestellen:

Erich Eisner: Gegen die Bürger im Marxpelz –
Die antiautoritären „Linken" in der Arbeiterbewegung

facit aktuell Nr. 3: Der SDS in Sofia
(Dokumentation zur Vorgeschichte des Ausschlusses von 5 Genossen aus dem SDS)

facit aktuell Nr. 5: Soll der SDS gespalten werden
(Kommentare, Presseberichte, Diskussionsbeiträge)

BESTELLSCHEIN

..... Exemplare von facit Nr. 13/14, 15, 16 (1,— DM + Porto)

..... Expl. facit Nr. 5, 6, 9 (pro Heft 50 Pf + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 2 (3,— DM + Porto)

..... Exemplare der FAZIT-Reihe 3 (ca. 3,— DM — d. h. nicht darüber — + Porto)

..... Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis **ohne** Portokosten)

..... Abonnement der FAZIT-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis **ohne** Porto)

..... Exemplare facit aktuell Nr. 3 und 5

Unterschrift: Meine Anschrift: